

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 14. Dezember 2009**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **2. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 17.23 Uhr

Die Verhandlungsschriften der 49. Sitzung und der 1. (konst.) Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2009 bzw. vom 10.11.2009 liegen zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):  
Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Manfred Hochhauser

Claudia Hüttmayr-Punkenhofer

Brigitte Lindlbauer

Gertrude Aitzetmüller

Klaus Hoflehner

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer

Raimund Buttinger

Mag. Bernhard Humer

Rupert Leitner

Barbara Wildfellner

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):  
Gerhard Kroiß  
Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herdt

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Dietmar Marehard

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Regina Mittendorfer

Egon Schatzmann

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):  
Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Herbert Pernkopf

Augustine Zittmayr-Hacker

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Andrea Bauer

Andrea Svoboda

Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Johann Höpfl  
Helga Rosenberger

### **Entschuldigt:**

Brigitte Wartinger

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 07.12.2009 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von GR. Andrea Bauer an Bgm. Dr. Peter Koits, betreffend Welser Ordnungswache:

Bgm. Dr. Koits: Von Frau Gemeinderätin Andrea Bauer wurde gemäß § 10 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat eine Anfrage (Anlage 1) an mich gerichtet.

Es steht hier, dass die Welser Ordnungswache seit Ende Juni 2009 in Dienst ist und dazu gebeten wird, verschiedene Fragen zu beantworten. Hier handelt es sich um eine Fülle von Fragen, nämlich insgesamt 13 und ich werde mir erlauben, eine schriftliche Beantwortung innerhalb gesetzlicher Frist durchzuführen.

Abgesehen davon werde ich mir erlauben, den Fraktionen bis zur nächsten Gemeinderatssitzung einen Zwischenbericht über die Ordnungswache zu übergeben. Daraus soll letztlich hervorgehen, was alles seit Einrichtung dieser Ordnungswache geschehen ist und ob vielleicht aus Sicht der Organisation irgendwelche Änderungsbedürfnisse vorhanden sind. Ich hoffe, sie sind mit dieser Vorgangsweise einverstanden.

Mitteilung des Bürgermeisters

Statistisches Jahrbuch 2008 der Stadt Wels:

Bgm. Dr. Koits: Es liegt ihnen heute wieder einmal eine Ausgabe des „Statistischen Jahrbuches“ der Stadt Wels auf, nämlich jene für das Jahr 2008. Ich hoffe, dass sie daraus Fakten und Daten für ihre Arbeit entnehmen können.

Aktuelle Stunde

Der Bürgermeister stellt in Hinblick auf eine allfällige Durchführung der „Aktuellen Stunde“ fest, dass keine Themen bei ihm einlangten und somit dieser Punkt entfällt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution an den Bundesminister für Finanzen zu den Modellversuchen „Neue Mittelschule“:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag und merkt an, dass es sehr von Vorteil wäre, könnte in der Stadt Wels dieses Schulmodell flächendeckend eingeführt werden, nicht nur in Bezug auf vier Hauptschulen, so wie das zur Zeit geplant wäre.

Weiters merkt der Bürgermeister an, dass dieser Dringlichkeitsantrag entsprechend unterfertigt ist und insgesamt die formellen Voraussetzungen zur Behandlung vorliegen.

Zur Dringlichkeit des Antrages:

StR. Dr. Rabl: Uns verwundert dieser Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zwar in der Sache selbst nicht, sehr wohl aber die Dringlichkeit, mit welcher dieser Antrag eingebracht wurde. Jeder weiß doch, dass Dinge, die sich auf das Budget beziehen, gerade beim Bund doch etwas länger dauern und es damit verbunden nicht einsichtig ist, warum jetzt plötzlich der Welser Gemeinderat mit solcher Dringlichkeit über einen Antrag, der den Fraktionen selbst nicht einmal in schriftlicher Form zur Verfügung steht, abstimmen soll. Ich kann es überhaupt nicht nachvollziehen, warum man diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag einbrachte. Man könnte sehr wohl über diese Angelegenheit in einem Ausschuss reden und es würde in der Zwischenzeit sowieso nichts passieren, falls man einen solchen Beschluss erst in der nächsten Sitzung des Gemeinderates fasste. Wir sprechen uns daher gegen die Zuerkennung der Dringlichkeit für diesen Antrag aus.

Dem Antrag (Anlage 2) wird die Dringlichkeit mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Der Bürgermeister stellt fest, dass der Sachantrag selbst am Ende der heutigen Sitzung in Verhandlung genommen wird und übergibt in weiterer Folge den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Initiativantrag aller Gemeinderatsfraktionen betreffend Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Ausschussverordnung 2009 abgeändert wird (1. Novelle zur Ausschussverordnung 2009)  
DI-Verf-301-2009

Der Antrag lautet, der Gemeinderat möge die als Anlage 3 beigefügte 1. Novelle zur Ausschussverordnung 2009 beschließen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Wir waren Mitinitiator, als es darum ging, einen Ausschuss für das Thema Integration einzurichten, ein Thema, das nicht nur in Österreich, sondern speziell in Wels in den vergangenen Jahren die Bevölkerung sehr interessierte. Es führte dieses schon zu vielen Verhandlungen oder Gesprächen hier im Gemeinderat, wobei es sogar zur Erstellung von Konzepten gekommen ist, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten hier im Gemeinderat behandelt bzw. beschlossen wurden.

Ich denke, dieses Thema ist gesellschaftspolitisch derart relevant, dass es wichtig ist, dieses in einem Ausschuss – es soll das der Präsidialausschuss unter ihrem Vorsitz, Herr Bürgermeister, sein – zu behandeln, und zwar in möglichst rascher Abfolge. Ich denke nämlich, dass wir auf diesem Sektor auch in der Stadt Wels einiges aufzuarbeiten haben. Gerade jetzt in der Wahlauseinandersetzung zeigte sich, dass es hier teilweise widersprechende Positionen gibt. Andererseits gibt es zwischen den Parteien aber auch Positionen, die sich durchaus miteinander decken.

Sie selbst, Herr Bürgermeister, haben in der Öffentlichkeit erklärt, dass sie dazu bereit sind, Programme zu entwickeln, wozu alle Parteien sozusagen das Beste aus ihren eigenen Parteiprogrammen beitragen sollen, wozu ich meine, dass diese Vorgangsweise doch ein sehr guter Ansatz dafür wäre, dass wir politisch in diesem Bereich etwas weiterbringen.

Wir haben ja in der vergangenen Funktionsperiode einmal den Versuch gestartet – damit wären wir meines Erachtens ihren Intentionen nachgekommen, wonach relativ viel Kompetenz in diesem Bereich beim Bund liegt – eine Resolution an den Bund beschließen zu lassen, was zur Folge hatte, dass diese Resolution im Präsidialausschuss landete und letztlich die Großstadt Wien oder den Regierungssitz in Wien nie erreichte. Dies einfach deshalb, weil diese Sache bzw. diese Resolution im Präsidialausschuss nie bearbeitet wurde. Ich denke jedoch, das bzw. diese Aussagen wären ein guter Ansatz für eine Wiederaufnahme dieses Antrages bzw. der Resolution.

Ich habe gesprächsweise dort und da schon erwähnt, dass Wels im österreichischen Blickpunkt der Städte einen ganz besonderen Stellenwert zu diesem Thema hat. Es ist nämlich so, dass wir in unserer Stadt einen besonders hohen Anteil von Migranten in der Bevölkerung haben. Somit spüren wir in den diversen Wohnquartieren oder in deren Umfeld die damit verbundene Problematik ziemlich stark bzw. wird dieses Thema in der Bevölkerung sehr stark diskutiert. Und käme es in einer Stadt in der Größenordnung von Wels – Wels ist ja die größte Stadt Österreichs, die nicht Landeshauptstadt ist – zur Beschlussfassung einer Resolution durch alle Parteien und würde das mit einer entsprechenden Begleitmusik in der Öffentlichkeit nach Wien geschickt, könnte ich mir vorstellen, dass das ein gutes Signal wäre.

An sich ist ja die Idee von ihnen, dass hier alle Kräfte mitreden sollen, wirklich eine sehr gute. Darum hat es mich auch sehr gefreut, als sich vor kurzem ein oberösterreichischer Politiker mit dem Thema Integration sehr intensiv in einer Zeitung auseinandersetzte.

Er meinte, dass es eine große Gefahr sei, wenn sich der politische Islamismus in Österreich verbreite und man solle sich dagegenstellen. Weiters meinte er, dass das

nicht schuld der FPÖ sei, sondern jene der Großparteien. Auf Wels bezogen wäre diese Formulierung anders zu deuten, denn hier ist das nur zur Hälfte Schuld der Großparteien.

Dann meinte er in Bezug auf die Minarette, die ja aufgrund der Volksabstimmung in der Schweiz ganz besonders in Diskussion stehen – dieses Thema wäre auch für Wels recht interessant – dass Positionen erarbeitet werden sollten. Es könnte ja immerhin so sein, dass schon in der nächsten Woche ganz formell ein Antrag beim Magistrat auf Baugenehmigung eines solchen Minaretts eintrifft und ich meine, es wäre gut, würden wir durch Festlegung eines Prozederes auf solche Dinge vorbereitet sein. Das hätte auch für jene, die vielleicht die Absicht haben, solch einen Antrag einzubringen, den Vorteil zu wissen, wie solch ein Antrag in Wels behandelt wird.

Dieser Politiker, von dem ich hier rede, setzt sich auch mit der Frage auseinander, ob es allenfalls Konsequenzen geben soll, wenn Migranten diverse Bildungsangebote verweigern. Und er meint, dass man für diesen Fall über aufenthaltsrechtliche Konsequenzen sprechen sollte.

Er hat noch eine Reihe anderer guter Ideen und ich finde, die Legitimierung dieses Mannes als „grüner“ Bundesrat – Efgani Dönmez – macht es besonders deutlich, dass die Probleme schon weitem erkannt werden.

Ich meine, dass wir mit diesem Integrationsausschuss einen richtigen Schritt setzen und ich hoffe, dass sich dieser entsprechend mit den Themen befasst bzw. dieser die Arbeit aufnimmt.

Man kann nicht immer alles erreichen, aber wir hätten gern gehabt, dass ein Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet wird. Diese Materie ist auch insofern besonders wichtig, weil ja laut Budget einige hunderttausend Euro jährlich dafür ausgegeben werden. Wer sagt denn eigentlich, wie viel tausend oder hunderttausend Euro in die Fernsehwerbung, in die Zeitung, dort oder da hingehen? Solche Dinge sollten doch von Zeit zu Zeit in einem Ausschuss besprochen werden, damit wir wissen, wie wir eigentlich dran sind. Wir sollten also nicht erst dann vor längere Debatten gestellt werden, wenn wir, so wie in den vergangenen Monaten, seitenweise Inserate für die SPÖ vorfinden. Wir mussten zuschauen und feststellen, dass diese Dinge zuvor in keinem Ausschuss behandelt wurden. Sollte das auch in Zukunft so ablaufen, würde uns das sehr leid tun und wir müssten eben andere Mittel und Wege finden, ohne eigenen Ausschuss, damit wir etwas mehr Kontrolle in diese Dinge hineinbringen können.

Im Großen und Ganzen stimmen wir aber diesem Initiativantrag, der von allen Parteien unterschrieben wurde, zu.

GR. Dr. Csar: Bei der ersten Gemeinderatssitzung wurden diese Abänderungsanträge zur Ausschussverordnung eingebracht und wir von der ÖVP haben das Ganze in der Weise unterstützt, dass wir den Antrag auf Beratung dieser Anträge in einem Ausschuss stellten. Diese Zuweisung erfolgte und wir haben uns schließlich in einer etwas anderen Form geeinigt. Das Ergebnis, das wir gemeinsam in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung erzielten, ist meines Erachtens ein gutes und als ÖVP-Fraktion werden wir dem eingebrachten Initiativantrag aller Fraktionen zustimmen. Wir sind froh darüber, dass wir gemeinsam einen diesbezüglichen Beschluss fassen können.

Ich möchte aber diese meine erste Wortmeldung heute noch zu etwas anderem nützen. Wir alle feiern heute in zehn Tagen Weihnachten und es hat sich diesbezüglich ein Brauch herausgebildet, der erstmals in Oberösterreich, und zwar 1986, ins Leben gerufen wurde. Es wurde damals im Rahmen der Aktion „Licht ins Dunkel“ zum ersten Mal das Friedenslicht nach Oberösterreich geholt. Mittlerweile wird das Friedenslicht jedes Jahr von einer oberösterreichischen Delegation zu uns geholt, aber mittlerweile nicht nur zu uns, sondern auch nach Europa. Paul Rübiger, ein Welser, hat das Friedenslicht ins EU-Parlament gebracht bzw. wird dieses nun jedes Jahr nach Straßburg befördert.

Dieses Friedenslicht haben wir heute mitgenommen bzw. möchten wir es auch in den Gemeinderat der Stadt Wels hereinbringen. Wir dürfen jetzt dieses Licht an die einzelnen Fraktionen überreichen, und zwar als Zeichen der gemeinsamen friedvollen Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft in Wels. Wir wollen in Richtung unserer Bürgerinnen und Bürger ein Zeichen dafür setzen, dass ein friedvolles Zusammenleben und eine gemeinsame Diskussion in der Weise möglich ist, dass die Sachlösungen im Vordergrund stehen. Damit möchte ich das Licht an die einzelnen Fraktionen überreichen und daran die Hoffnung knüpfen, dass das Friedenslicht nicht nur in unserer heutigen Gemeinderatssitzung leuchten möge, sondern symbolisch betrachtet auch in jeder anderen Gemeinderatssitzung bzw. überhaupt im Bereich unserer gesamten politischen Tätigkeit.

Vzbgm. Wimmer: Ich danke, Herr Dr. Csar und möchte sagen, dass ich jedes einzelne ihrer Worte nur doppelt und dreifach unterstreichen kann.

(GR. Dr. Csar überreicht an alle Fraktionsvorsitzenden das Friedenslicht.)

Bgm. Dr. Koits: Ich befinde mich in einigen Punkten in völliger Übereinstimmung mit Herrn Dr. Wieser, wenn es darum geht, aus den Programmen der Parteien oder Fraktionen sozusagen das Beste herauszunehmen. Es muss nämlich unser Ziel sein, von der ideologischen Debatte endlich zur Sachdebatte zu kommen. Überdies steht dem sicher nichts entgegen, gemeinsam Anträge an den Bund zu richten, wenn es beispielsweise um die Zuwanderungsquote, Qualität oder Quantität geht. Wir müssen nämlich tatsächlich feststellen, dass ein Konzept nicht unbedingt erkennbar ist, die Probleme aber durchgehend vom Bund über die Länder bis hin zu den Städten reichen.

Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

2.)

Wahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Ausschüsse des Gemeinderates  
DI-Verf-285-2009

Der Bürgermeister bringt einen Hinweis auf den allen Mitgliedern des Gemeinderates aufgelegten Amtsbericht (Anlage 4), in welchem alle formellen Dinge aufgezeigt und die Wahlvorschläge der einzelnen Fraktionen zusammengefasst wurden.

Die durch Erheben der Hand durchgeführten Wahlen (in einer Abstimmung durchgeführt, aber gesondert den einzelnen Fraktionen zugeordnet) bringen folgende Ergebnisse:

Der Wahlvorschlag (Anlage 5) der SPÖ-Fraktion wird von dieser

einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag (Anlage 6) der FPÖ-Fraktion wird von dieser

einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag (Anlage 7) der ÖVP-Fraktion wird von dieser

einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag (Anlage 8) der GRÜNE-Fraktion wird von dieser

einstimmig angenommen.

3.)

Wahl von Vorsitzenden und Vorsitzenden-Stellvertretern der Ausschüsse des Gemeinderates  
DI-Verf-284-2009

Der Bürgermeister verweist auch hier auf den allen Mitgliedern des Gemeinderates aufgelegten Amtsbericht (Anlage 9) und ersucht um Durchführung der Wahlen.

Die fraktionell durch Erheben der Hand durchgeführten Wahlen bringen folgendes Ergebnis:

Der Wahlvorschlag (Anlage 10) der FPÖ-Fraktion wird durch diese

einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag (Anlage 8) der GRÜNE-Fraktion wird durch diese

einstimmig angenommen.

4.)

Rechnungshofbericht;  
Gebarungsprüfung der LAWOG;  
Follow-up-Überprüfung zum Bericht aus dem Jahr 2007  
DI-Präs-2216-2009

Bgm. Dr. Koits: Es liegt ihnen auch zu diesem Tagesordnungspunkt ein Amtsbericht (Anlage 11) vor, ebenso der Rechnungshofbericht (Anlage 12). Die Behandlung eines solchen Berichts im Gemeinderat kann lediglich in Form einer Debatte, nicht aber in einer Abstimmung erfolgen.

GR. Pernkopf: Möchte man einen solchen Bericht ganz nüchtern betrachten, würde man wohl vorweg einmal zum Thema LAWOG sagen: Was gibt es da schon zu berichten? Schaut man aber etwas tiefer in die Sache hinein, stellt sich die Situation doch etwas anders dar.

Es wird hier beispielsweise die Versicherungsproblematik angesprochen. Die Anteile der Stadt Wels an der LAWOG belaufen sich etwa auf 4 Prozent oder umgelegt ist dieser Anteil mit ca. 440 Wohnungen gleichzusetzen. Angesichts dieser Größenordnung kann man eigentlich doch sagen, dass man schon einmal nachschauen kann und macht man das, geht es darum, dass die Versicherungen für diese Gebäude, vom Rechnungshof durchaus begründet – zumindest wir von der ÖVP sehen das so – nicht gerade optimal ausgeschrieben, eigentlich ohne Ausschreibung vergeben wurden. Ich möchte hier nichts unterstellen, aber Tatsache ist nun einmal, dass aufgrund der Feststellungen des Rechnungshofes bei 32 Verträgen eine Ausschreibung erfolgte und allein in diesen Fällen eine Reduzierung der Finanzgebarung in Höhe von 380.000 Euro gegeben war. Man muss sich vorstellen, dass allein im Versicherungsbereich eine derart große Summe hereingebracht werden konnte, das heißt, für die Genossenschaft und damit für die Mieterinnen und Mieter konnte ein entsprechendes Minus der Belastung erzielt werden.

So möchten wir doch in Zukunft mit der Kritik an Vorgängen sehr stark in diese Richtung gehen und sagen, dass eventuelle Versäumnisse in Zukunft nicht mehr passieren dürfen. Es muss klare Ausschreibungen geben, damit tatsächlich die Bestbieter betraut werden können. Wenn man sich beispielsweise privat ein neues Auto kauft, nimmt man ja auch nicht irgendeinen Versicherer, sondern lässt sich die entsprechende Versicherung anbieten. Und so sollte das eben in Zukunft angesichts einer derart großen Summe in Bezug auf Gebäudeversicherungen zur Selbstverständlichkeit werden. Das ist unsere Forderung.

GR. Mag. Parzmayr: Was die Empfehlungen bezüglich Versicherungen betrifft, kann ich mich den Ausführungen meines Vorredners nur anschließen. Es ist das in Zukunft sicher anders und besser machbar.

Was hervorzuheben ist, stellt der Umstand dar, dass die LAWOG im Bereich des sozialen Wohnbaus in Wels eine gute Arbeit leistet. Es werden immer wieder Wohnungen neu gebaut und es sind diese Wohnungen insgesamt nötig. Es gibt allerdings Probleme, die in Zukunft auf politischer Ebene zu lösen sein werden. So gibt es noch immer etliche Substandardwohnungen und wir haben natürlich so wie überall im

Bereich der öffentlichen Sozialwohnungen das Problem in Bezug auf Migration. Ich gehe davon aus, dass das in Zukunft unter einem Landesrat Dr. Haimbuchner und einem Stadtrat Dr. Rabl besser gemacht wird.

Der Vorsitzende, Vzbgm. Wimmer, stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gegeben sind und somit dieser Tagesordnungspunkt als erledigt zu betrachten ist.

5.)

Rechnungshofbericht;  
Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften mit Schwerpunkt Stadt Wels  
DI-Präs-2256-2007

Bgm. Dr. Koits: Ich verweise auch hiezu auf den Amtsbericht (Anlage 13) und den Rechnungshofbericht selbst (Anlage 14) und erlaube mir die Anmerkung, dass in diesem Vergleich der Rechnungshof die Stadt Wels doch mit einem gewissen Lob bedachte. Dessen ungeachtet ist es aber trotzdem auch so, dass der Rechnungshof gewisse Empfehlungen an die Stadt Wels zu Papier brachte und ich würde den Herrn Finanzreferenten ersuchen, diese Empfehlungen bei den künftigen finanziellen Gestionen nicht unbeachtet zu lassen.

Der Vorsitzende, Vzbgm. Wimmer, hält fest, dass zu diesem Punkt keine Wortmeldungen vorliegen.

6.)

Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG;  
Einbringung von Grundstücken der Stadt Wels zur Sanierung der Volksschule  
Lichtenegg und Abschluss eines Mietvertrages;  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
FD-BetM-24-2009

Der Antrag lautet:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die Vermessung und Grundstücksteilung durchzuführen und der Bürgermeister ermächtigt und beauftragt, auf Basis dieses Grundstücksteilungsplanes den Sacheinlagevertrag abzuschließen.
2. Der Abschluss des Mietvertrages zwischen der Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG und der Stadt Wels hinsichtlich der Rückvermietung der an die Gesellschaft mit Sacheinlagevertrag gemäß Punkt 1. übertragenen Liegenschaften wird entsprechend dem beiliegendem Muster (Anlage 15) genehmigt.
3. Die Investition und Finanzierung der Investition in die mit Sacheinlagevertrag gemäß Punkt 1. übertragene Liegenschaft entsprechend dem Schulsanierungskonzept II gemäß Grundsatzbeschluss des Gemeinderates vom 10.03.2005 im

Rahmen der 1. Bauetappe im Sommer 2009 in Höhe von insgesamt netto € 513.090,00 – Kostengenauigkeit +/- 10 % – mittels Krediten bzw. Darlehen durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG wird genehmigt, wobei allfällige bei der Stadt Wels eingehende Förderungen für diese Objekte an diese Gesellschaft weiterzuleiten sind.

4. Die Übernahme der Haftung durch die Stadt Wels für die gemäß Punkt 3. des Beschlussantrages aufzunehmenden Kredite bzw. Darlehen der Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG entsprechend beiliegender „Musterhaftungserklärung“ (Anlage 16) wird genehmigt.
5. Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

7.)

Energy Globe Award Austria 2009;  
Abschluss einer Kooperationsvereinbarung  
mit der Fa. GEG Werbung GmbH, 4801 Traunkirchen;  
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
SF-HA-3-2009

Der Antrag lautet:

Die Stadt Wels nimmt das Kooperationsangebot der Firma GEG Werbung hinsichtlich Auftritt und Werbung der Stadt Wels im Rahmen des Energy Globe Award Austria 2009 mit einem Gegenwert von € 100.000,-- exkl. USt. an und erteilt den diesbezüglichen Auftrag.

Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Manfred Wiesinger: Ich möchte vorausschicken, dass ich die Idee mit dem Energy Globe Award für sehr positiv halte und dass ich dem Erfinder gerne dazu gratuliere, noch dazu als ich der Meinung bin, dass die Organisation dieses Energy Gobe Award wirtschaftlich so gut arbeitet, dass man in dieser Hinsicht bestimmt nicht draufzahlen muss.

In der Vorbereitung habe ich mir die Gemeinderatsprotokolle der letzten Jahre von jenen Sitzungen angeschaut, in welchen es ebenfalls um dieses Thema ging. Es wurde vom Herrn Bürgermeister in seinem Vortrag schon auf die Vorausverfügung hingewiesen und ich hoffe, es wird in Zukunft diesbezüglich wirklich anders, denn es wurde immer wieder von den GRÜNEN, aber auch von unserer Seite Kritik daran geübt, dass man diese Vereinbarung fast immer in Form einer Vorausverfügung abschloss. Ich verstehe eigentlich nicht, warum das immer wieder auf diese Weise geschieht. Das

kommt mir so vor wie mit Weihnachten. Jeder weiß, dass Weihnachten jedes Jahr auf den 24. Dezember fällt, manche scheinen davon aber doch ziemlich überrascht zu sein, und so kommt es mir auch hier bezüglich des Abschlusses der Vereinbarung vor. In der Vergangenheit ist bei mir die Vermutung aufgekommen, dass man das bewusst so macht, damit man im Vorhinein nicht über Sinn und Unsinn diskutieren muss, das heißt, wenn das Geld schon einmal vergeben ist, kann man im Nachhinein nicht mehr recht viel über die Sache reden bzw. ist das relativ sinnlos.

Also, Herr Bürgermeister, ihr Wort in Gottes Ohr und ich hoffe, dass das im nächsten Jahr wirklich besser abläuft bzw. ohne Vorausverfügung.

In diesem Amtsbericht ist genau wie sonst jedes Jahr angeführt, was man um diese 100.000 Euro eigentlich an Werbeleistungen bekommt. Ich kann es jetzt nicht genau sagen, glaube aber, dass jetzt schon zum vierten Mal diese Veranstaltung abgewickelt wurde. Jedenfalls meine ich, dass man nach diesen vier oder vielleicht noch mehr Jahren auch schon einmal anführen könnte, was diese 100.000 Euro für einen Retoureffekt haben. Ich habe nämlich schon große Zweifel daran, ob hier dementsprechend etwas zurückkommt, wobei ja bezüglich Werbung der Effekt nicht bei 1 zu 1 liegen sollte, das heißt, es müsste für das eingesetzte Geld schon etwas mehr zurückkommen. Und es wäre halt schön, würde das einmal in einem Amtsbericht drinstehen. Wofür das Geld eingesetzt wird, das ist jedes Jahr gleichlautend zu lesen, aber was dabei zurückfließt, das wäre schon irgendwo interessant zu erfahren. So lange das drinsteht oder zum Ausdruck gebracht wird, darf man uns halt auch nicht böse sein, wenn wir der Meinung sind, dass diese 100.000 Euro eigentlich zum Fenster rausgeworfen sind und besser für konkrete Projekte in Wels verwendet werden könnten, beispielsweise für Energiesparmaßnahmen bzw. für die Umwelt.

In den vergangenen Jahren wurde bestimmt immer wieder zu Recht damit argumentiert, dass, solange im Umweltressort dieser oder wenigstens ein etwas niedrigerer Betrag für alternative Projekte zur Verfügung gestellt wird, wir dieser Sache mit dem Energy Globe Award nicht zustimmen können.

Vzbgm. Wimmer: Das höre ich insofern sehr gerne, als für das Umweltressort ungefähr die vierfache Geldmenge zur Verfügung steht.

StR. Lehner: Für uns als ÖVP-Fraktion ist die Veranstaltung zur Verleihung dieses Energy Globe Awards ein sehr wichtiges Event für Wels. Es geht einerseits um das Image unserer Stadt als Messestandort – durch die begleitende Werbung über den ORF oder die Kronen Zeitung, wobei diese Werbung auch international stattfindet, passiert ja sehr, sehr viel für den Welser Messestandort – und zum Zweiten ist es ebenfalls wichtig, Wels immer wieder als Energiehauptstand zu positionieren. Das Thema „erneuerbare Energie“ ist uns ein sehr wichtiges und der Energy Globe stellt doch ein sehr gutes Vehikel dafür dar, um auf das Thema „erneuerbare Energie“ stetig hinweisen zu können. Das Thema „erneuerbare Energie“ ist doch eines, das uns im internationalen Wettbewerb sehr hilft, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu schaffen, nämlich einerseits hier in Wels, andererseits aber auch im gesamten österreichischen Raum. Und daher ist eben auch dieses Investment in den Energy Globe Award ein sehr wichtiges für uns als Stadt, wobei ja Manfred Wiesinger als Werbefachmann weiß, dass man nicht jeden Euro, den man in der Werbung ausgibt, 1 zu 1 zurückrechnen kann oder genau feststellbar ist, was einem der einzelne Euro im Endeffekt genau bringt. Wichtig erscheint also in diesem Zusammenhang, welche Berichterstattung unsere Stadt auch

international bekommt. Hier meine ich, dass es sich wirklich sehen lassen kann, was dieser Energy Globe Award für Wels bringt. Und so können wir dieser Ausgabe – wobei wir allerdings auch meinen, dass das ohne Vorausverfügung ablaufen müsste – zustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Sie, Herr Wiesinger, wissen ja – zumindest haben sie das nachgelesen – dass wir über dieses Thema jedes Jahr diskutieren und sie als Werbefachmann wissen bestimmt – Herr Stadtrat Lehner hat das schon ausgeführt – dass es sehr schwierig ist, solche Ausgaben immer 1 zu 1 umzurechnen. Wenn sie sich aber den vorliegenden Amtsbericht durchsehen, erkennen sie ganz genau, wie viel Berichterstattung in Zusammenhang mit diesem Award im Fernsehen oder in den Printmedien stattfindet und ich meine, dass wir doch alle ein gewisses Gespür dafür haben, was es für den Messestandort Wels bedeutet, wenn Wels beworben oder immer wieder erwähnt wird. Für uns als Sozialdemokratische Fraktion hier im Gemeinderat stellt diese Angelegenheit ein Bekenntnis zum Messestandort dar, ein Bekenntnis zu einer Öffentlichkeitsarbeit, welche die Stadt weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt machen soll. Und wir sind weiters der Meinung, dass unsere Bemühungen im Bereich der erneuerbaren Energie und im Bereich des Rufs als Energiehauptstadt etc. die Sache wert ist und ein gutes Signal für die Öffentlichkeit darstellt, dass es sich bei Wels nicht nur um einen Standort für Messeveranstaltungen oder dergleichen handelt, sondern darüber hinaus um eine Stadt, in der man von gewissen Dingen nicht nur redet, sondern diese auch umsetzt. Und so sind wir dafür, dieses Geld in diese Sache einzubringen. Der Gegenwert lässt sich zwar nicht genau messen, wir wissen aber, dass die Rückmeldungen für unsere Stadt positiv sind.

StR. Dr. Rabl: Die Frage des Energy Globes und der Subventionierung dieser Veranstaltung begleitet mich im Wesentlichen schon die ganze Zeit über, in welcher ich jetzt im Gemeinderat sitze. Und die Frage ist eigentlich immer die gleiche: Will ich tatsächlich 100.000 Euro ausgeben, um 120 Gäste für die Stadt Wels zu einem Galadiner einladen zu können? Das ist die Kernfrage!

Wenn ich mir zudem überlege, wo andererseits 100.000 Euro abgehen – wir haben beispielsweise kein Geld für Integrationsmaßnahmen und es leben in Wels zahlreiche Familien in Substandardwohnungen ohne Bad, ohne Klo oder ohne Heizung, wobei es Wohnungen mit einem Tröpferbad gibt, das heißt, man muss einen Euro einwerfen, wenn man sich duschen will – dann wird es ohne vorheriger Abstellung solcher Missstände von uns keine Zustimmung für eine derartige Werbemaßnahme, in deren Zusammenhang sich manche Leute den Bauch voll schlagen können, geben. Wir haben das schon in den letzten Jahren mitverfolgt und werden das auch in Zukunft mitverfolgen. Und so sind wir eben zu diesen Veranstaltungen nicht gegangen. Wir können ja einerseits nicht sagen, dass wir eine bestimmte Sache nicht mitunterstützen wollen, um dann andererseits sehr wohl mitzuessen. Es gäbe jedenfalls genug sozial Bedürftige, die den Einsatz dieser 100.000 Euro für deren Anliegen dringend benötigten. Hätten wir, nur um ein Beispiel anzuführen, jedes Jahr diese 100.000 Euro genommen, um diese Substandardwohnungen zu sanieren und damit den Ärmsten der Armen zu helfen, so wäre dieses Geld bestimmt sinnvoller eingesetzt gewesen.

Und dieses Bekenntnis zur Energiehauptstadt, von welchem Herr Gemeinderat Reindl-Schwaighofer sprach, kommt immer relativ spät. Damit meine ich, dass in den vergangenen Jahren immer mit einer Vorausverfügung vorgegangen wurde, das heißt, offenbar getraute man sich nicht, über dieses Thema schon vor der Veranstaltung zu disku-

tieren. Es kommt also immer ein bisschen zu spät und wenn hinter dieser Vorgangsweise kein politisches System steht, muss ich schon die Frage stellen, warum eigentlich so vorgegangen wird. Jahrelang erleben wir die Sache mit der Vorausverfügung von Neuem, obwohl wir immer wieder daran Kritik üben. Und jeweils im nächsten Jahr ist man wieder nicht in der Lage – ich kann das nur auf mangelnden politischen Willen zurückführen – vor diesen geplanten Veranstaltungen die Dinge im Gemeinderat zu besprechen und zu beschließen. Dies alles, obwohl man weiß, dass die vertraglichen Bestimmungen immer wieder einer Neuerung bedürfen. Aber nein, das will man nicht rechtzeitig machen. Und man hat immer wieder Geld für alle möglichen Dinge, auch für diesen Energy Globe Award, nur für jene, die es wirklich brauchen, hat man das Geld nicht, und das finde ich bedauerlich. Deshalb stimmen wir heute bzw. für dieses Jahr wieder gegen diese Subventionierung.

Vzbgm. Wimmer: In Anbetracht des Friedenslichtes verzichte ich auf eine Kommentierung der Wortmeldung des Herrn Dr. Rabl und ersuche jetzt den Bürgermeister um sein Schlusswort.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte mich für die positiven Wortmeldungen bedanken, auch für jene von Herrn Gemeinderat Wiesinger, die ja eine durchaus ernst zu nehmende Wortmeldung war.

In Bezug auf die kritisierte Vorgangsweise darf ich festhalten, dass ich jetzt erstmals diese Angelegenheit in meinem Referat habe und ich kann nur sagen, dass dieser Akt in Hinkunft rechtzeitig zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Zum Zweiten wissen sie ganz genau, dass bei Werbemaßnahmen der damit zusammenhängende Erfolg nicht so ohne weiteres messbar ist. Dieser Erfolg ist nirgends ganz exakt feststellbar, allerdings hat diese Werbemaßnahme, um die es hier geht, schon einen Erfolg aufzuweisen. Nicht umsonst gibt es nämlich in unserer Stadt viele internationale Kongresse speziell auch zum Thema „Erneuerbare Energie“; wahrscheinlich hätten wir sonst nicht all diese Kongresse bei uns in Wels. Und es kommt auch nicht aus heiterem Himmel, dass unsere Energiesparmesse von Jahr zu Jahr wächst. Sie wissen, dass wir die neue große Messehalle errichteten und glaubten, damit in Zukunft ohne andere Einrichtungen auszukommen, aber in Wirklichkeit ist es so, dass jährlich noch mehr Unternehmen in Wels bei der Energiesparmesse ausstellen wollen. Es gibt jährlich mehr international tätige Unternehmen, die in unsere Stadt kommen wollen, um hier Produkte der Unternehmen auf dem Sektor „Erneuerbare Energie“ zu präsentieren. Allein festgemacht an diesen beiden von mir genannten Beispielen sieht man, dass dieser Werbeeinsatz Sinn macht.

Und drittens darf ich mich noch an Herrn Dr. Wieser wenden. Ich hoffe, sie erinnern sich schon noch daran, dass der Kollege Wimmer und ich gerade erst heuer ein neues Förderprogramm zum Energiesparthema ausarbeiteten, das heißt, wir haben letztlich als Gemeinderat bisherige Richtlinien geändert oder in neue Richtlinien eingebaut. Wir haben also einschließlich Umstellungsmaßnahme auf die Fernwärme, die Solarwärme, die Photovoltaik oder auch in Hinblick auf Elektrofahrzeuge alles vorgelegt, was uns unterstützenswert erschien, und zwar unterlegt mit diversen Förderungsbeträgen. Wenn man sieht und betrachtet, was schon dieses Jahr in Wels alles gefördert wurde, kann man doch nicht sagen, dass hier nichts passiert sei.

Ich kann dem Herrn Dr. Wieser nur empfehlen, in den Budgetgesprächen mit dem Herrn Finanzreferenten entsprechend hartnäckig zu sein und auf entsprechende Budgetmittel zu pochen, etwa mit dem Hinweis: Ich brauche Geld, weil – schauen sie sich das an, Herr Finanzreferent – es sind so viele Anträge gekommen, egal in welchem Bereich und wir können doch die Menschen nicht jahrelang auf die Zuteilung von Förderungsmitteln warten lassen.

Stellen sie sich doch vor, was sich allein im Bereich der Fernwärme zur Zeit tut. Da werden große Wohnsiedlungen der WSG an der Ingeborg-Bachmann-Straße oder an der Straubinger Straße angeschlossen, die Heimstätte macht das in der Noitzmühle und wir als Stadt haben gerade die Stadthalle an das Fernwärmenetz angeschlossen. Also, da tut sich doch sehr viel und diese Investitionen kosten entsprechend viel Geld bzw. werden hierfür seitens der Stadt Förderungsmittel zur Verfügung gestellt. Somit ist auch die Aussage, dass in diesem Bereich kein Geld ausgegeben wird, schlichtweg falsch.

Natürlich weiß ich, dass es sich leicht argumentieren lässt, wenn man hier vorbringt, dass dieses Geld für diese Veranstaltung besser für andere Zwecke verwendet werden sollte. Das ist in der Politik eine sehr einfache oder praktisch überall zutreffende Argumentation. Wenn man will, kann man nämlich immer das eine gegen das andere aufrechnen, nur ist das meines Erachtens ein falscher Zugang bzw. ein falscher Weg in der Argumentation. Und es ist an dieser Stelle festzuhalten, dass wir uns genauso wie die Heimstätte bzw. die anderen Genossenschaften selbstverständlich darum bemühen, sukzessive entsprechende Verbesserungen gerade auch im Bereich der Substandardwohnungen durchzuführen und letztlich umzusetzen. Ich würde mich an ihrer Stelle von einer gewissen Polemik sehr wohl verabschieden und eine entsprechende Sachpolitik betreiben.

Vzbgm. Wimmer: Herr Bürgermeister, ich muss jetzt aber den Herrn Dr. Wieser schon in Schutz nehmen. Er selbst hat sich nämlich nicht darüber beklagt, dass er zu wenig Geld hätte, um eine entsprechende Förderpolitik betreiben zu können, sondern es hat das seitens der FPÖ Herr Gemeinderat Wiesinger getan.

Bgm. Dr. Koits: Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass das nicht Herr Dr. Wieser war, sondern ein anderer. Jedenfalls ersuche ich jetzt um die nachträgliche Beschlussfassung dieses Punktes.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

gegen 24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

8.)

Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2009;  
Feststellung  
FD-Fin-100-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 03.12.2009 und im Stadtsenat am 14.12.2009:

Der 1. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2009 (Anlage 17) wird gemäß § 54 Abs. 1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 176,223,400,--
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 176,223.400,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 32,369.500,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 32,369.500,--

Bgm. Dr. Koits verliert den als Anlage 18 beigefügten Zusatzantrag aller Fraktionen, in welchem es um die Förderung der Errichtung einer Da-Vinci-Schule in Wels geht.

Vzbgm. Wimmer: Meine Damen und Herren! Dieser Zusatzantrag hat nicht nur eine wichtige sachliche Grundlage, sondern es ist damit ein gewisser Wendepunkt in der Finanzpolitik der Stadt Wels im Laufe der letzten acht Jahre verbunden. Es ist nämlich das erste Mal nach langer Zeit, dass wir über Beschluss des Gemeinderates mit einer Darlehensfinanzierung aktiv werden. Das Thema „Nichtneuverschuldung der Stadt Wels“ ist damit zu Ende. Ich habe schon im Jahr 2007, als wir das Doppelbudget für die Jahre 2008 und 2009 beschlossen haben, gesagt, dass wahrscheinlich die Zeit vorüber ist, in der große Projekte aus laufenden Einnahmen oder Überschüssen bzw. aus Rücklagen finanziert werden und so hat der Gemeinderat schon zu diesem Doppelbudget Darlehensermächtigungen in Höhe von rund 21 Mio. Euro ausgesprochen. Aufgrund der Wirtschaftslage in den letzten Jahren mussten wir solche Darlehensermächtigungen nicht in Anspruch nehmen, aber nun ist es eben so weit. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist an der Stadt Wels klarerweise genauso wenig spurlos vorübergegangen wie am Bund und am Land, genauso wenig wie auf Ebene vieler österreichischer Gemeinden oder auch sonst vieler Unternehmungen in Österreich.

Insgesamt stellt dies aber kein sehr dramatisches Problem dar, weil die Basis unserer Finanzen nach wie vor eine außerordentlich solide ist. Wenn man in der Lage ist, auf Basis der Schuldenfreiheit mit Banken in Verhandlungen wegen einer Finanzierung zu treten, so gelingt es, entsprechend günstige Konditionen zu erhalten. Unsere Bonität ist eine ganz hervorragende und deshalb kann ich die Annahme dieses heute vorgelegten Zusatzantrages nur empfehlen. Wir können uns das leisten und in der Sache selbst ist die Errichtung dieser Da-Vinci-Schule ein ganz wichtiges Vorhaben.

Ich verstehe auch die Dringlichkeit, die seitens der Betreiber dieses Projektes an den Tag gelegt wird. Würde heute dieser Förderbeschluss nicht gefasst, so bedeutete dies das absolute Ende dieses Schulprojektes, weil die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes für diese Schule an einen bestimmten Termin als spätester Baubeginn gekoppelt ist. Und der Bau kann eben nur bei einer entsprechenden Förderzusage in Angriff genommen werden. Wir hatten also nur die Alternative, entweder keine mit einem Gemeinderatsbeschluss abgedeckte Zusage zu geben oder – und diese Alternative hat heute Vormittag der Stadtsenat in seiner Sitzung gesehen – eben sehr wohl eine derartige Förderzusage seitens des Gemeinderates zu geben, wobei nach den Informationen, über die wir verfügen, das Land Oberösterreich dieses Projekt in gleicher Betragshöhe fördern wird.

Ich ersuche sie also um Feststellung des Nachtragsvoranschlages für das Rechnungsjahr 2009 auch in der durch den vorliegenden Zusatzantrag abgeänderten Form.

StR. Dr. Rabl: Der gegenständliche Nachtragsvoranschlag ist, politisch gesehen, ein Abriss dessen, was im vergangenen Jahr passiert ist. Man muss sagen, dass aus meiner Sicht die Stadt Wels und ihre politischen Vertreter durchaus fleißig waren, und zwar insofern fleißig, weil viele Projekte gemeinsam in einer richtigen Zeit beschlossen wurden. Ich denke hier beispielsweise an die Installierung der Stadtwache, an das Kindergartenprogramm mit Neubauten, an die Schulsanierungen und an viele andere Dinge, die nur unter Einsatz entsprechender Geldmittel möglich sind. Dieses Geld ist für die Sicherung von Grundbedürfnissen der Welser Bevölkerung erforderlich und deshalb stehen wir auch zu all diesen Investitionen, wie sie hier drinstehen.

Wir stehen weiters zur Finanzierung oder zur Leistung eines Beitrages für die Errichtung der Da-Vinci-Schule, weil wir glauben, dass die Bildung einen wesentlichen Bestandteil der Grundbedürfnisse der Bevölkerung darstellt. Ohne Bildung gibt es, so meine ich, für unsere Jüngsten kein Fortkommen bzw. stellt Bildung die Voraussetzung für einen künftigen Erfolg dar.

Der Wermutstropfen, der uns ein bisschen beschäftigte – deshalb enthielten wir uns im Finanzausschuss der Stimme zu diesem Tagesordnungspunkt – ist jener, dass aus unserer Sicht auch im vergangenen Jahr zu wenig Geld für Integrationsmaßnahmen in die Hand genommen wurde. Jeder weiß, dass die Integration in Wels ein Problem darstellt, das wir angehen müssen, wobei das nur in Gemeinsamkeit möglich ist, denn Integration stellt nun einmal eine Querschnittsmaterie dar. Nun hat nicht zuletzt aufgrund unseres Abänderungsantrages in der 1. Gemeinderatssitzung diese Materie eine klare Zuständigkeit beim Bürgermeister gefunden und ich gehe davon aus, dass er sich dieser Materie durchaus intensiv annehmen wird. Jedenfalls hätten wir dafür schon für das letzte Jahr mehr Mittel gewollt, aber insgesamt sehen wir es für wichtig und richtig an, was im vergangenen Jahr in Wels passiert ist, welche Themen oder Projekte umgesetzt wurden, und deshalb werden wir heute diesem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung erteilen.

GR. Dr. Csar: So ein Nachtragsvoranschlag stellt irgendwo eine spezielle Sache dar. Das Geld ist praktisch schon ausgegeben und wir nehmen dieses Geldausgeben heute zur Kenntnis. Das Ganze beruht allerdings auf einvernehmlichen Beschlüssen oder auf Vorausverfügungen, das heißt, es ist an diesem Geldausgeben im Prinzip nichts auszusetzen. Abgesehen davon kann man verlorenes Wasser nicht mehr einsammeln und verlorenes Geld kommt auch nicht mehr zurück. Insgesamt wird jedenfalls auch seitens

der ÖVP-Fraktion der heute vorliegende Nachtragsvoranschlag in dieser Form zur Kenntnis genommen. Für die Zukunft wünschen wir uns aber in Bezug auf die Budgetplanung zeitgerecht eingebunden zu werden bzw. erwarten wir uns eine vorausschauende Planung, eine Planung, die nicht zum Nachteil der Welser Bevölkerung ist, die intelligente Ansätze für Finanzierungen wiedergibt und die sich auf eine positive Entwicklung der Welser Wirtschaft auswirkt. Wollen wir das alles erreichen, müssen wir zeitgerecht die Weichen stellen. Ich sagte aber schon, dass der heutige Nachtragsvoranschlag von uns in dieser Form zur Kenntnis genommen wird.

Vzbgm. Wimmer: Vielen herzlichen Dank für die anerkennenden Worte zur Finanzpolitik der Stadt Wels. Ich nehme diese Worte insbesondere aus dem Mund von Herrn Dr. Rabl mit großer Freude entgegen.

Hinsichtlich der Ausführungen des Herrn Dr. Csar wage ich allerdings zu behaupten, dass auch in diesem Doppelbudget bzw. in diesem Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2009 intelligente Maßnahmen enthalten sind. Und natürlich werde ich mich darum bemühen, solche Maßnahmen, was die Finanzierung betrifft, auch in Zukunft vorzuschlagen.

Die Abstimmungen zu Punkt 8. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Hauptantrag (Anlage 17) wird

einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag (Anlage 18) wird

einstimmig angenommen.

9.)

Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels 2001  
(4. Novelle der Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels 2001);  
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
FD-StV-10010-2009

Der Antrag lautet, der Gemeinderat möge die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung der 4. Novelle zur Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels 2001 (Anlage 19) nachträglich beschließen.

Vzbgm. Wimmer: Es wurde mit dieser 4. Novelle etwas nach dem Slogan eingeführt: Eine Stunde zahlen und zwei Stunden parken. Ich meine, dass dieses Projekt in unserer Stadt sehr gut angenommen wurde und ich darf mich bei dieser Gelegenheit ganz besonders bei der Frau Gemeinderätin Raggl-Mühlberger bedanken, nämlich nicht in ihrer jetzigen Funktion als Gemeinderätin, sondern als Sprecherin der Welser Kauf-

mannschaft. Dieser Slogan wurde nämlich nicht von uns erfunden, sondern ich habe diese Worte einem zustimmenden Brief der Frau Raggl-Mühlberger an mich entnommen. Wir haben diesen Slogan in der Werbung 1 zu 1 übernommen und letztlich wurde dieses Projekt nach den uns von der Parkraumbewirtschaftung und vom Überwachungsdienst vorliegenden Informationen in hervorragender Weise von den Welserinnen und Welsern, aber auch von auswärtigen Besuchern unserer Stadt angenommen. Somit ersuche ich sie um nachträgliche Zustimmung zu dieser Maßnahme.

StR. Kroiß: Im Sommer dieses Jahres wurde sehr viel und sehr heftig über die Abschaffung bzw. die Verringerung der Parkgebühren diskutiert. Alle Parteien haben ihre eigenen Zugänge in dieser Frage. Die ÖVP forderte damals die generelle Abschaffung der Parkgebühren in Wels und wir Freiheitliche forderten, dass es zu einer Reduzierung der Parkgebühren kommen sollte, dass es zu einer Verlegung des Beginns der Gebührenpflicht auf 9 Uhr kommen sollte und dass die erste Stunde Parken gratis sein müsste. All diese Vorschläge wurden allerdings von der SPÖ negiert und es wurde damals praktisch allein das Modell „eine Stunde zahlen, zwei Stunden parken“ beschlossen. Gleichzeitig wurde aber die Aufhebung der Gebührenfreiheit in der Mittagszeit beschlossen. So gut die Einführung des Modells „eine Stunde zahlen, zwei Stunden parken“ war, so schlecht war die Abschaffung dieser Mittagspause. Man hat damals den Welser Wirten einen Bären dienst erwiesen, denn es kam zu Umsatzeinbußen für die Wirte.

Von meiner Seite aus kann ich nur sagen, dass ich in letzter Zeit als neuer Verkehrsreferent besonders viele Gespräche hinsichtlich der Parkgebühren führte und dabei diese Abschaffung der gebührenfreien Mittagspause immer wieder ein Thema war. Es wurde in diesem Zusammenhang auch von der Kontrollstelle vermerkt, dass diese Maßnahme einen Nachteil für viele Wels-Besucher darstellt. Wir sind also der Meinung, dass die Einführung von „einer Stunde zahlen und zwei Stunden parken“ eine gute Sache im Sinne der Frequenzsteigerung für die Innenstadtgeschäfte darstellt, aber andererseits war unserer Meinung nach die Abschaffung der gebührenfreien Mittagspause ein großer Fehler. Deshalb wird ja heute auch noch ein von unserer Seite eingebrachter Initiativantrag auf Wiedereinführung dieser gebührenfreien Mittagspause behandelt.

Um aber nicht wieder die Parkgebühren-Verordnung novellieren zu müssen, stelle ich jetzt den Antrag zur Geschäftsordnung, diese Novelle an den zuständigen Ausschuss zurückzuverweisen, um dann auch über das Thema Mittagspause im Ausschuss gemeinsam beraten zu können.

Der Geschäftsordnungsantrag von StR. Kroiß auf Zurückverweisung der gst. 4. Novelle zur Parkgebühren-Verordnung an den zuständigen Ausschuss zur nochmaligen Beratung wird mit

21 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 14 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

10.)

Errichtung eines Science-Centers (Welios);  
Grundtransaktionen zur Bauplatzschaffung;  
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
DI-LV-23-2009

Der Antrag lautet:

Die Grundtransaktionen gemäß dem Teilungsplan des Dipl.-Ing. Dieter Wenter vom 30.07.2009, GZ. 5737/09, zwischen der Stadt Wels und der OÖ Science-Center Wels Planungs-GmbH zur Schaffung des Bauplatzes des Science-Centers werden unter nachstehenden Bedingungen genehmigt:

1. Als Quadratmeterpreis wird ein Betrag von € 230,-/m<sup>2</sup> festgelegt.
2. Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, die Vermessungskosten und die Grunderwerbsteuer gehen zu Lasten des Science-Centers.
3. Der Abschluss des als Anlage 20 beiliegenden Vertrages wird genehmigt.
4. Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

StR. Dr. Rabl: Wir haben uns in der Vergangenheit immer wieder gegen das Science-Center ausgesprochen. Die Gründe für unsere Haltung sind sehr einfach. Wir glauben halt nicht an die Möglichkeit der wirtschaftlichen Führung eines Science-Centers, weil wir auch nicht an das Konzept glauben. Und man verweigerte sich bisher ganz beharrlich unserem Wunsch dahingehend, dass externe Leute die Kalkulationsgrundlagen überprüfen sollten. Und darüber hinaus wurde uns beharrlich verweigert, mit dem zuständigen Projektanten ein Gespräch führen zu können, in dessen Rahmen uns das Projekt detaillierter vorgestellt werden sollte. Wir sind halt der Meinung, dass ein Gemeinderat, der über solch eine große Sache befinden muss, besser informiert sein sollte als über einen fünf Seiten starken oder dünnen Amtsbericht. Man muss ja bedenken, dass es sich hier um eines der größten Projekte handelt, die jemals in der Stadt Wels umgesetzt wurden.

Nachdem wir also die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes bezweifeln, lehnen wir insgesamt alle weiteren Beschlussvorlagen in Zusammenhang mit diesem Projekt ab. Ich möchte betonen, dass der heutige Antrag nur ein Ausfluss dessen ist, was vorher schon beschlossen wurde und wir müssen eben dagegen stimmen, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass wir unsere Meinung in dieser Angelegenheit geändert hätten.

Vzbgm. Wimmer: Ich kann auf ein Schlusswort verzichten, denn die Wortmeldung des Herrn Dr. Rabl barg keine großen Überraschungen in sich.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

11.)

Felbermayr GmbH, Wels, Machstraße 7;  
Auflassung eines Teilbereiches der Schießstättenstraße und  
Grundabtretungen für neue Straßenverbindung Kaplanstraße;  
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
DI-LV-34-2009

Der Antrag lautet:

Über Ersuchen der Felbermayr GmbH, 4600 Wels, Machstraße 7, wird aus dem öffentlichen Gut „Schießstättenstraße“, Grdst. Nr. 1777/4, KG. Pernau, der Teilbereich südlich der Kreuzung mit der Wiesenstraße bis zur Brücke über den Schenkelbach aufgelassen und an die Firma Felbermayr unter nachstehenden Bedingungen unentgeltlich übereignet:

Als Gegenleistung für diese Grundübereignung tritt die Firma Felbermayr die für die Ersatzstraßenverbindung in Form der verlängerten Kaplanstraße notwendigen Straßengrundstücke unentgeltlich in das öffentliche Gut der Stadt Wels ab. Zusätzlich trägt sie die Kosten für den Grunderwerb.

Die Neuerrichtung der neuen Straßenverbindung erfolgt ebenfalls im Auftrag und auf Kosten der Firma Felbermayr.

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung dieses Vertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern sowie die Vermessungskosten gehen zu Lasten der Fa. Felbermayr.

Der Vertrag wird von der Stadt Wels errichtet. Die Liegenschaftsverwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Grundtauschvereinbarung auszuarbeiten.

Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

12.)

SPAR Österr. Warenhandels-AG, 5015 Salzburg, Europastraße 3;  
SPAR-Markt Noitzmühle (Föhrenstraße 17);  
Erwerb von Grundstücksanteilen durch die Stadt Wels;  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
DI-LV-27-2009

Der Antrag lautet:

Von der SPAR Österreichische Warenhandels-Aktiengesellschaft, 5015 Salzburg, Europastraße 3, werden deren grundbücherlich eingetragenen Eigentumsanteile B-LNr. 6 (5.643/10.000stel Anteile) und 7 (1.012/10.000stel Anteile) an der Liegenschaft EZ. 2233, KG. Lichtenegg, mit den damit verbundenen Eigentumsanteilen am SPAR-Markt Föhrenstraße und am angrenzenden Restaurant unter nachstehenden Bedingungen erworben:

1. Als Kaufpreis für die Liegenschaftsanteile 6 und 7 wird ein Pauschalbetrag von € 365.000,-- zzgl. Nebenkosten festgelegt.
2. Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, die Vermessungskosten und die Grunderwerbsteuer gehen zu Lasten der Stadt Wels.
3. Der Kaufvertrag wird von der Stadt Wels errichtet; mit der Errichtung wird die Dst. Zivilrecht/Liegenschaften beauftragt. Weiters wird die Dst. Zivilrecht beauftragt, Kaufverhandlungen mit den weiteren Miteigentümern zu führen.
4. Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

13.)

Tarifordnung für die öffentlichen Horte der Stadt Wels und den  
Verpflegskostenbeitrag für die öffentlichen Kindergärten und  
Horte der Stadt Wels (Kindergarten- und Horttarifordnung 2009);  
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
Ki-KiV-207-2009

Der Antrag lautet, der Gemeinderat möge die als Anlage 21 beigefügte und vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., vorausverfügte Kindergarten- und Horttarifordnung 2009 nachträglich genehmigen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Tarifordnung für die öffentlichen Krabbelstuben der Stadt Wels  
(Krabbelstubentarifordnung 2009); Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
KI-KiV-213-2009

Der Antrag lautet, der Gemeinderat möge die als Anlage 22 beigefügte und vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992 i.d.g.F., vorausverfügte Krabbelstubentarifordnung 2009 beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Kinderbetreuung in Wels;  
Ausbau und Erweiterung;  
Anmietung einer Containeranlage (Gabelsbergerstraße);  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
KI-KiV-504/1-2009

Der Antrag lautet:

Die Anmietung des Containerdorfes in 4600 Wels, Gabelsbergerstraße 15, hat gemäß dem Angebot vom 25.08.2009 zu einer monatlichen Miete ohne Mehrwertsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt, von € 8.500,- bei der Fa. Cont-Aigner GmbH, 4523 Neuzeug, Wagnerstraße 14, zu erfolgen.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

16.)

Oö. Hilfswerk, Wels, Eisenhowerstraße 27;  
Errichtung eines zweigruppigen Kindergartens im GTZ, Wels, Durisolstraße 7;  
Gewährung einer Förderung  
KI-KiV-204-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 26.11.2009:

Dem Oö. Hilfswerk, 4600 Wels, Eisenhowerstraße 27, wird für die zur Errichtung eines zweigruppigen Kindergartens im GTZ, 4600 Wels, Durisolstraße 7, notwendigen Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen eine einmalige Subvention in Höhe von € 83.300,-- gewährt.

Die Subvention wird in zwei gleichen Teilbeträgen (1. Rate bis 31.12.2009 und 2. Rate ab 01.03.2010) ausbezahlt.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Subvention ist durch Vorlage einer Gebarungsabrechnung bis Ende Februar 2011 zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

17.)

Ausbildung von FachsozialbetreuerInnen;  
finanzielle Förderung eines Kurses des Berufsförderungsinstitutes OÖ, Region Wels;  
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
SO-SD-221-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Familien- und Jugendausschuss am 04.06.2009:

Die Stadt Wels fördert im Rahmen einer Ausbildungsinitiative einen Kurs des BfI OÖ (Berufsförderungsinstitut OÖ, Region Wels, Roseggerstraße 14, Wels) zur Ausbildung von FachsozialbetreuerInnen pauschal in Höhe von € 135.000,--.

Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Josseck-Herdt: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es also um eine Förderung in Höhe von 135.000 Euro; die Stadt ist hier sozusagen eingesprungen. Der Ablauf stellt sich für mich folgendermaßen dar. Das BFI schreibt einen Kurs aus und das AMS findet die geeigneten Personen für diesen Kurs. Es sind das zum Teil Arbeitslose und von der Berufsausbildung her nicht gerade sehr qualifizierte Personen. So weit ist das noch recht und gut. Dann stellt sich aber heraus, dass der Sozial-Landesrat, Herr Ackerl, den Kurs nicht finanziert. Anscheinend ist dieser Umstand jedoch halb so wild, weil als

Förderungswerber tritt ja das Bfl auf und wie wir aus der Vergangenheit wissen, kann das Bfl immer auf die Unterstützung der Stadt Wels zählen.

Sie werden jetzt einwenden, dass wir ganz einfach das nötige Pflegepersonal brauchen und der Missetand, dass Betten nicht belegt werden können, weil das nötige Personal fehlt, ist allgemein bekannt. Umso mehr wundert es mich, dass man mit diesen auszubildenden Personen keine Bindungs- oder Rückzahlungsvereinbarung getroffen hat. Solche Vereinbarungen haben sich nämlich immer als sinnvoll erwiesen, wenn die Kurs- oder Ausbildungskosten relativ hoch sind. Sie sind in der Wirtschaft gang und gäbe und ich hörte, dass es auch beim Magistrat solche Bindungsvereinbarungen gibt. Die von ihnen bereits zitierte Vereinbarung mit jenen, die einen Stammheim-Platz haben, ist meines Erachtens nicht adäquat, weil diese Personen in der Zahl sehr gering sind.

Unsere diesbezüglichen Einwände haben wir bereits im Juni im Ausschuss, wo diese Vereinbarung mit dem Bfl abgesegnet werden sollte, geäußert. Siehe da, der Herr Bürgermeister konnte unseren Bedenken folgen und meinte in dieser Ausschusssitzung, man sollte doch die Möglichkeit in Erwägung ziehen, die Auszubildenden an die Stadt Wels zu binden. Nun, dass unsere Bedenken negiert werden, bin ich ja schon gewöhnt, aber dass auch der Herr Bürgermeister nicht ernst genommen wird, das erstaunt mich doch ein wenig. Im Amtsbericht ist nämlich keine Rede davon, dass solche Bindungsvereinbarungen ins Auge gefasst wurden. Und nachdem sich der Grund für unsere seinerzeitige Stimmenthaltung im Ausschuss nicht geändert hat, werden wir uns auch heute der Stimme enthalten.

GR. Reindl-Schwaighofer: Frau Kollegin Josseck-Herdt! Ich fühle mich in dieser Sache direkt angesprochen und erlauben sie mir deshalb, grundsätzlich etwas auszuführen. Das Land Oberösterreich macht seit Jahren mit den verschiedensten Bildungsträgern, dem Arbeitsmarktservice, den großen Krankenhäusern einen territorialen Plan zur Ausbildung von Personen im Pflegebereich. Da geht es um diplomiertes Krankenpflegepersonal, um Fachsozialbetreuer in der Altenarbeit, um Fachsozialbetreuer in der Behindertenbegleitung, das heißt, es handelt sich hier um Berufsfelder, in denen sich aufgrund der demografischen Entwicklung ein immer höherer Personalbedarf abzeichnet. In Oberösterreich gibt es mittlerweile sogar Landzeitpflegeheime, wo ganze Pflegestationen gar nicht eröffnet werden können, weil es zu wenig Personal gibt. Und aus diesem Grund finanziert eben das Land Oberösterreich gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice und dem Sozialministerium die Ausbildung von Personal.

Der bisherige Plan des Landes sah vor, dass sich in Wels die Diakonie um die Ausbildung von FachsozialbetreuerInnen kümmert – Wels ist der zweite Ausbildungsstandort der Diakonie – und auch im Krankenhaus werden Personen für die Altenbetreuung ausgebildet. Nachdem jedoch die Diakonie zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage war, eine Ausbildungsmaßnahme abzuwickeln – das steht so auch im Amtsbericht – ist das Bfl auf Wunsch der Stadt und des Landes eingesprungen und hat die vom Arbeitsmarktservice ermittelten Teilnehmer in einem Kurs zur Ausbildung übernommen. Das System der „Aufschließung“ der Teilnehmer läuft in diesem Ausbildungsbereich immer über die Placement-Stiftung. Diese Placement-Stiftung ist als Instrument des Landes Oberösterreich zu sehen, in dessen Rahmen die potentiellen Dienstgeber – das sind in diesem Fall Pflegeheime der Stadt Wels oder anderer Sozialhilfeverbände – gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice und der Ausbildungsstätte die auszubildenden Teilnehmer aufschließen und über dieses Stiftungssystem erhalten die Teilnehmer in

der zweijährigen Ausbildungszeit Transferleistungen, also das Arbeitslosengeld, damit sie entsprechend abgesichert sind. Und der Stammheim-Platz-Geber – in diesem Fall die Stadt Wels – zahlt ebenfalls pro Monat einen Beitrag in die Stiftung ein.

In diesem Fall war es eben so, dass die Finanzierung von Landesrat Ackerl nicht übernommen werden konnte. Nachdem allerdings ein Personalfehlbestand sehr wohl gegeben war, hat man sich dazu entschlossen, die Ausbildung in dieser Weise zu finanzieren, um nicht auch als Heimträger Stadt Wels einen gravierenden Personalfehlbestand zu bekommen.

Jetzt komme ich zur Verpflichtung aufgrund einer Vereinbarung. Das Stiftungssystem sieht vor, dass der einzelne Teilnehmer an den potentiellen Dienstgeber über das Stiftungssystem gebunden ist. Die gesetzliche Handhabe ist zwar nicht so stark wie jenen gegenüber, die sonst irgendwo unterschreiben, ich kann sie aber insofern beruhigen, als eine Überprüfung ergab, dass der Personalwechsel in Bezug auf Stammheim-Plätze in den ersten drei Jahren der Berufstätigkeit nur als marginal anzusehen ist. Nachdem also in ganz Oberösterreich in verschiedensten Bildungseinrichtungen Ausbildungen stattfinden, auch in den Krankenhäusern, gibt es natürlich eine gewisse Fluktuation, aber andererseits gibt es auch Leute, die etwa aus Vöcklabruck oder aus Ried nach Wels kommen. Aber, wie schon gesagt, dieser Austausch ist in den ersten drei Jahren als marginal anzusehen. Und deshalb ist es sehr wohl verantwortbar, dass wir diesen Weg gegangen sind.

GR. Zittmayer-Hacker: Die Wichtigkeit der Ausbildung von qualifiziertem Personal im Bereich der Sozialbetreuung ist Fakt. Wir sprechen von einem unbedingten Bedarf einer Investition, die speziell in diesen Zeiten eigentlich besser nicht angelegt sein könnte. Die Arbeitslosenquote in Oberösterreich liegt momentan bei 4,7 Prozent, Tendenz steigend. Und es wird immer schwieriger, einen zukunftsorientierten Beruf auszuüben bzw. zu erlernen. Die ÖVP Wels steht zu 100 Prozent hinter dieser finanziellen Unterstützung durch die Stadt Wels, um den 24 Kursteilnehmern eine gute Ausbildung zu ermöglichen und den Bürgern eine professionelle Pflege angeeignet lassen zu können.

Stellt man die kritische Frage, ob sich diese Investition für die Stadt Wels rechnet bzw. diese tatsächlich den Bürgern der Stadt Wels zugute kommt, sollte man doch bedenken, dass es sich bei den 135.000 Euro um ca. 25 Prozent Beteiligung handelt und dies 25 Prozent rein rechnerisch ziemlich genau 6 von 24 Teilnehmern der Stadt Wels darstellen. Von Seite des AMS werden rund 400.000 Euro beigesteuert.

Diese Offensive stellt eine große Chance für alle Beteiligten dar. Damit meine ich, dass möglichst vielen dieser künftigen Sozialbetreuerinnen ein attraktiver Arbeitsplatz in Wels geboten werden kann, andererseits die Stadt Wels in der Lage ist, eine entsprechende Betreuung in den Alten- und Pflegeheimen sicherzustellen. Mit dem Ausbau der „Mobilen Altenhilfe“ und der Eröffnung des Hauses in der Vogelweide haben wir im Jahr 2010 einen absolut dringenden Bedarf. Im besten Fall bekommen im Rahmen dieses Kurses alle 24 Mitbürger bzw. Mitbürgerinnen, die aktuell keinen Arbeitsplatz haben, eine gute Ausbildung und eine interessante sowie herausfordernde Arbeit in Wels. Und wenn man es richtig sieht, dann machen diese 135.000 Euro an Förderungsmitteln rund ein Viertel der gesamten Ausbildungskosten für 24 Teilnehmer aus, wobei dann die Beschäftigung dieser 24 Teilnehmer den Welser Bürgern zu 100 Prozent zu Gute kommt.

StR. Kroiß: Wir Freiheitlichen stehen natürlich ebenfalls voll und ganz hinter dem Beruf der FachsozialarbeiterInnen. Wir wollen natürlich genauso haben, dass ausgebildet wird, aber im Amtsbericht steht es so, nur wurde es von dir als Referentin jetzt nicht gesagt, nämlich dass das Evangelische Diakoniewerk einen Ausbildungskurs starten wollte, aber nur deshalb, weil hierfür die Räumlichkeiten fehlten, ist dieser Kurs nicht zustande gekommen. Und wir sagten damals schon im Ausschuss, dass diese Ausbildungsmaßnahme der Stadt Wels wahrscheinlich wesentlich billiger käme oder gekommen wäre, hätte sie diese benötigten Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Und der zweite Kritikpunkt wurde von der Frau Kollegin Josseck bereits erwähnt. Falls jemand den Kurs vorzeitig aus Eigenverschulden verlässt, wäre es doch irgendwo angebracht, das der- oder diejenige einen Teil der Ausbildungskosten zurückzahlt.

Nochmals: Wir stehen natürlich hinter diesem Beruf, nur möchten wir haben, dass diese Damen und Herrn, die hier ausgebildet werden, mit der Stadt eine Vereinbarung abschließen und damit eine gewisse Bindung erfahren.

StR. Huber: Ich darf zunächst einmal der Frau Zittmayr-Hacker für ihre positive Wortmeldung Dank sagen.

Zu den fachlich fundierten Ausführungen des Kollegen Johann Reindl-Schwaighofer kann ich nur Folgendes anfügen. Er sprach von den Stammplätzen in den Heimen und ich kann dazu nur ergänzend sagen, dass in den letzten Jahren bei uns 64 Personen eine Ausbildung beendeten und davon haben 59 ein Dienstverhältnis bei der Stadt begonnen.

Was die Ausführungen der Gemeinderätin Margarete Josseck-Herdts und von Stadtrat Kroiß betrifft, darf ich festhalten, dass die Ausführungen des Bürgermeisters und ebenso der Freiheitlichen im Sozialausschuss ernst genommen werden. Das war auch der Grund dafür, dass ich diesen Akt nicht gleich anschließend an die Ausschuss-Sitzung dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlussfassung vorlegte. Es kam ja im Ausschuss die Anregung des Kollegen Kroiß, wir sollten uns ansehen, ob es nicht einen Ausbildungsvertrag geben könnte, mit dem wir, einfach formuliert, die Kursteilnehmer an die Stadt Wels binden könnten. Solch eine Vereinbarung lassen wir jetzt sehr wohl unterzeichnen. Also, wir haben sehr wohl die Anregung der Freiheitlichen und die dazugehörigen Ausführungen des Bürgermeisters ernst genommen.

Der Antrag zu Punkt 17. der Tagesordnung wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
bei 11 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei der Abstimmung zu Punkt 17. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

18.)

Richtlinien zur Einführung einer Wertkarte für die Mobilität der Welser Jugendlichen;  
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
SF-J-139-2009

Der Antrag lautet, der Gemeinderat möge die als Anlage 23 beigefügten Richtlinien zur Einführung einer Wertkarte für die Mobilität der Welser Jugendlichen, vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992 i.d.g.F. vorausverfügt, nachträglich beschließen.

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 24 beigefügten Abänderungsantrag der GRÜNEN und hält vorweg fest, dass es sich bei diesen Richtlinien um eine nachträgliche Genehmigung handelt, wobei ursprünglich alle Fraktionen die Zustimmung zur Vorausverfügung des Antrages in der hier vorliegenden Form gegeben haben.

StR. Kroiß: Dem Abänderungsantrag der GRÜNEN können wir keinesfalls zustimmen. Ich finde es sogar befremdend, wenn man hier meint, dass beispielsweise der Erwerb des Moped-Führerscheins nichts Unterstützenswertes wäre. Das Ganze stellt nämlich erstens eine finanzielle Belastung der Eltern dar und zweitens auch der Jugendlichen selbst, weil ja die meisten Jugendlichen von ihrem Taschengeld etwas dazuzahlen müssen.

Man muss weiters bedenken, dass viele Jugendliche irgendwo eine Arbeitsstelle haben, bei der sie vielleicht schon um fünf Uhr früh beginnen oder zu der sie schon sehr bald hinfahren müssen, ihnen aber keine Möglichkeit zur Benützung eines öffentlichen Verkehrsmittels zur Verfügung steht, weil diese halt erst später zu fahren beginnen und die Jugendlichen auch nicht von den Eltern zum Arbeitsplatz gebracht werden können. Diese Jugendlichen würden somit in Zusammenhang mit der Annahme dieses Abänderungsantrages ebenfalls gestraft.

Was den Führerschein grundsätzlich betrifft, wissen wir, dass sozusagen jeder Jugendliche mit 17 Jahren den Autoführerschein machen will, womit natürlich eine finanzielle Belastung verbunden ist. Und in diesem Zusammenhang würden in erster Linie die Jugendlichen gestraft, nur weil man aus „grünen Gründen“ glaubt, etwas verbieten oder zum öffentlichen Verkehr hinwenden zu müssen. Und es gibt auch 17-jährige Jugendliche, die ganz einfach mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, nicht nur wollen, sondern wirklich müssen.

Und das Fahrsicherheitstraining ist meines Erachtens eine extrem gute Einrichtung. Es ist doch wirklich gut, wenn junge Fahrzeuglenker in der Richtung ausgebildet werden, mit Extremsituationen besser umgehen zu können.

All diese Dinge möchten sie nun von der Move-on-Card streichen. Das finde ich sehr schlecht sowie meiner Meinung nach familien- und sehr jugendfeindlich.

GR. Bauer: Wir finden, dass mit der Mobilitätskarte tatsächlich ein Anreiz geschaffen werden sollte, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen oder mit dem Fahrrad zu fahren. Wir wissen doch auf der einen Seite, dass der Verkehr als eines der Hauptübel zum Klimawandel beiträgt und andererseits wissen wir, dass Wels mit 536 PKW pro 1.000 Einwohner eine überdurchschnittlich hohe PKW-Dichte aufweist.

Gestraft wird überhaupt niemand, wenn nach unserem Vorschlag gewisse Dinge nicht gefördert werden. Wir wissen doch, dass mit dieser Mobilitätskarte eine spezielle Förderaktion verbunden ist, aber kein Muss.

Abgesehen davon wollen wir andererseits eine Energiehauptstadt sein und wir fordern von den ÖBB die Rücknahme von Zugstreichungen, wie wir sie laut neuem Fahrplan wieder erleben müssen. Geht es jedoch um den eigenen Bereich, so geht aus unserer Sicht in Bezug auf die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel viel zu wenig weiter. Wir meinen, dass man jeden möglichen Lenkungseffekt nutzen sollte und beantragen daher die Streichung dieser beiden Punkte hinsichtlich der Gewährung der Förderung. Wir bitten also um Zustimmung für unseren Abänderungsantrag.

GR. Zaunmüller: Lassen sie mich zum Beginn meiner Ausführungen ein großes Kompliment an die Verantwortlichen aussprechen, die die Stadthalle heuer oder heute in weihnachtlichem Licht erstrahlen lassen. Das gefällt mir ganz besonders gut und ich bitte den Herrn Bürgermeister, das an die „guten Geister“ weiterzugeben. Es gefällt mir ausgesprochen gut, wenn Santa Claus wohlwollend auf uns herunterblickt. Was mir aber fehlt, das ist das österreichische Christkindl und es wäre bestimmt eine nette Sache, würden wir dafür im nächsten Jahr auch noch einen Platz finden.

Jetzt komme ich aber kurz zur Move-on-Card. Ich halte jede Investition für unsere Welser Jugend, für unsere Welser Jugendlichen für eine sehr gute Investition. Unter diesem Licht sehe ich auch diese Move-on-Card, die seit 01.09.2009 in Wels eingeführt ist. Ich gehe nicht davon aus, dass die Einführung dieser Card im September mit der damals bevorstehenden Wahl zu tun hatte, sondern gehe davon aus, dass es sich hierbei um einen wirklich erst gemeinten Versuch handelte, die Sicherheit und die Mobilität unserer Welser Jugendlichen zu erhöhen.

Ich muss der Kollegin Bauer insofern Recht geben, als im ersten Absatz drinstand, dass ein Anreiz dahingehend geschaffen werden sollte, mehr als bisher die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu steuern. Das ist allerdings überhaupt nicht passiert. Ich habe den Akt genau durchstudiert und wenn man sich den Amtsbericht durchliest, weiß man, dass im Rahmen dieser Maßnahme 610.000 Euro für die Jahrgänge 1990 bis 1994 vorgesehen sind. Das ist ein ganz schöner Betrag und ich will sie nicht mit einer Information darüber allzu lang auf die Folter spannen, wie viel davon bis zum 11. Dezember 2009 in Anspruch genommen wurde. Es waren nicht diese 610.000 Euro, sondern – die Frau Stadträtin weiß es sicher ebenfalls ganze genau – 65.000 Euro, die bisher im Rahmen dieser Fördermaßnahme in Anspruch genommen wurden. Hier erscheint mir doch ein gewisses Missverhältnis zwischen den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln und deren tatsächlicher Ausnutzung gegeben. Dem Herrn Vizebürgermeister Wimmer als Finanzreferenten – davon bin ich überzeugt – wird das gefallen und mir gefällt das auch ein bisschen, wenn ich einen Vergleich herstelle, der sicher ein sehr dünner oder weit hergeholter Vergleich ist. Aber zuerst haben wir uns mit den Aufwendungen für den Energy Globe Award befasst, wo wir pro Jahr 100.000 Euro ausgeben und angesichts dieses Betrages können wir sagen, dass die nächsten fünf Jahre aufgrund des einsparten Geldes für die Abwicklung dieser Veranstaltung schon gesichert sind. Ich nehme an, Herr Vizebürgermeister Wimmer wird mir Recht geben, wenn ich das jetzt so kühn sage.

Interessant ist auch die Gewichtung innerhalb dieser Möglichkeiten der Inanspruchnahme. Da gibt es also die Möglichkeit, sich ein Fahrrad anzuschaffen, einen Fahrrad-

oder Mopedhelm zu erwerben, den öffentlichen Verkehr zu nutzen, das Welser Sammeltaxi zu nutzen, einen Unkostenbeitrag für den Führerscheinerwerb zu erhalten oder auch – eine absolut sinnvolle Sache – eine Unterstützung für die Absolvierung eines Fahrsicherheitstrainings zu bekommen.

Die Frau Referentin brachte es zuerst nicht, aber ich stelle die Frage in den Raum, wie viele Sammeltaxis bisher in Anspruch genommen wurden. Es geschah das bislang nur ein einziges Mal, nämlich im November 2009. Das öffentliche Verkehrsmittel Bus wurde, Daumen mal Phi, 20 Mal genutzt und die Hauptlast der Nutzung – der Führerschein hat tatsächlich Saison – trägt eben der Zuschuss zum Führerscheinerwerb.

Diese doch relativ geringe Nutzung der Move-on-Card lässt für mich den Schluss zu, dass sie zu wenig publik ist, dass sie zu wenig beworben wurde, obwohl – das weiß ich sozusagen aus eigener Erfahrung, weil ich ja auch Kinder habe – sowohl der Herr Bürgermeister als auch die Sozialstadträtin einen Brief an jeden in Frage kommenden Jugendlichen schickten und das Angebot unterbreiteten, diese Möglichkeiten zu nutzen. Offensichtlich ist diese Botschaft bei den Jugendlichen nicht angekommen. Oder es gibt andere Gründe, warum die Jugendlichen diesen an sich sinnvollen Investitionsbeitrag nicht nutzen. Wir von der ÖVP-Fraktion werden zwar dieser nachträglichen Vorlage des Antrages die Zustimmung geben, ich rege jedoch an, eine Evaluierung durchzuführen. Besonders fehlt mir die Sicherheitskomponente bei dieser Move-on-Card und ich rege an, diese intensiver zu betonen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Die Move-on-Card geht auf einen schon im Gemeinderat behandelten Antrag zurück, welcher zur Basis hatte, die Mobilität der Jugendlichen zu fördern. Wenn ich ganz ehrlich bin, wundert es mich nicht besonders, dass der Führerschein, wofür es die verschiedensten Modelle des Ansparens gibt – da gibt es beispielsweise zu Weihnachten Geldgeschenke der verschiedenen Omas, Tanten und Onkeln oder es wird aus der Lehrlingsentschädigung regelmäßig Geld zusammengelegt – den größten Teil der Anträge betrifft. Ich denke mir nämlich, dass all diese Ansparebemühungen keinen Zufall darstellen, denn einen wichtigen Teil der Mobilität stellt nun einmal der Führerschein dar.

Uns als Sozialdemokratischer Fraktion geht es vor allem darum, eine Wahlfreiheit für die einzelnen Jugendlichen zu haben. Natürlich würde ich mir wünschen, dass das Sammeltaxi stärker angenommen wird und insgesamt denke ich mir – da möchte ich unterstreichen, was zuerst der Kollege von der ÖVP sagte – dass wir noch eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit durchführen müssen, weil es sich hier um eine sinnvolle Sache handelt. Und ich bin mir sicher, dass der insgesamt in Anspruch genommene Betrag deshalb noch nicht so hoch ist, weil viele noch überlegen bzw. sich die Möglichkeiten noch etwas überlegen, zum Beispiel in Hinblick auf den Ankauf eines Fahrrades im Frühjahr nächsten Jahres oder auch für die Ablegung der Führerscheinprüfung.

Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion werden dem Abänderungsantrag der GRÜNEN nicht zustimmen und den ursprünglich vorgelegten Antrag in dieser Form beschließen.

GR. Mag. Teubl: Jugendliche brauchen immer Geld! Das ist ganz klar und natürlich ist der Führerschein eines der großen Ziele im Leben eines Jugendlichen.

Der Kollege Reindl-Schwaighofer meinte, wir sollten die Wahlfreiheit sicherstellen. Man könnte aber auch sagen, dass die größte Wahlfreiheit in einer Verteilung dieser 200 Euro ohne Zweckwidmung bestünde, so wie es etwa das Bundesland Kärnten mit den 1.000 Euro vormacht, die dort jeder Jugendliche bar auf die Hand bekommt.

Ich denke mir, der Herr Finanzreferent ist kein Weihnachtsmann, auch wenn er heute ganz nahe an einer solchen Figur sitzt. Vielmehr sollten die Gelder, die wir den Jugendlichen geben wollen, tatsächlich einen Lenkungseffekt haben. Vielleicht sollen diese Gelder die Jugendlichen auch dazu bringen, verstärkt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren oder eine umweltfreundliche Mobilität walten zu lassen. Deshalb brachten wir diesen Abänderungsantrag ein und glauben, dass es in Hinblick auf eine sinnvolle Verwendung dieser Gelder erstrebenswert erscheint, dass auch die anderen Fraktionen diesem Abänderungsantrag zustimmen.

StR. Huber: Der Führerschein ist der Jugend sicher sehr wichtig und ist als Teil der Mobilität anzusehen. So meine ich ebenfalls, dass zu diesem Abänderungsantrag ein Nein angebracht ist.

Was die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten betrifft, möchte ich eine Aufklärung geben, weil das offenbar nicht so klar herausgekommen ist. Die Jugendlichen zwischen 15. und vollendetem 18. Lebensjahr bekommen ja diese Move-on-Card nur einmal. Und so könnte ich mir gut vorstellen, dass sich einige diese Karte aufheben, weil sie vielleicht erst im nächsten Jahr ein Fahrrad kaufen möchten oder sonst einen Verwendungszweck anstreben. Man kann sich ja diese Karte aufheben bzw. den Wert der Karte bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres einsetzen, das heißt, der Finanzreferent wird sich diese 610.000 Euro leider nicht ersparen. Auf Sicht wird da sicher noch einiges fällig.

Abgesehen davon wurde heute eine stärkere Bewerbung angeregt und ich habe eingesehen, dass ich dafür noch ein paar Inserate schalten muss.

Bgm. Dr. Koits: Na ja!?

StR. Huber: Das war natürlich nur ein Scherz!

Die Abstimmungen zu Punkt 18. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Abänderungsantrag (Anlage 24) der GRÜNE-Fraktion wird bei

3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)  
gegen 32 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 23) wird bei

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
und 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

19.)

Initiativantrag aller Gemeinderatsfraktionen betreffend Revidierung gestrichener Zugverbindungen (Beschlussfassung einer Resolution an die ÖBB Personenverkehr AG u.a.)  
DI-Verf-298-2009

StR. Kroiß: Bei diesem Vier-Parteien-Antrag geht es darum, dass die Stadt Wels eindringlich an den Vorstand der ÖBB appelliert, die bisher bestandenen und im neuen Fahrplan gestrichenen Zugverbindungen so zu gestalten, dass Personenzüge in Wels zumindest wie im bisherigen Umfang Halt machen. Mit dem neuen Fahrplan wird ja der Welser Hauptbahnhof zu einem Lokalbahnstation degradiert und Wels wird damit als Verkehrsknotenpunkt und wichtiger Wirtschafts- bzw. Industriestandort massiv abgewertet. Die Stadt Wels hat daher größtes Interesse daran, dass weiterhin alle Personenzüge halten, damit die Standortqualität gewahrt bleibt.

Um dieser Resolution mehr Nachdruck zu verleihen, wird es natürlich persönliche Gespräche zwischen Vertretern der ÖBB und der Stadt Wels geben müssen.

Jedenfalls ersuche ich sie darum, dem Antrag (Anlage 25) die Zustimmung zu erteilen.

StR. Lehner: Für uns als ÖVP und für mich persönlich als intensiver Bahnnutzer ist das, was hier geschieht, ein weiterer Schritt der ÖBB in Richtung Vertreiben von Kunden.

Wels war immer ein sehr wichtiger Bahnhof an der Westbahnstrecke und sollte dies auch in Zukunft bleiben. Letztes Jahr bekamen die ÖBB von den österreichischen Steuerzahlern mit 4,1 Milliarden Euro eine Riesensumme und wenn wir das auf Wels umlegen, so haben die Welser ungefähr 30 Mio. Euro beigetragen, ohne vielleicht in einen Zug eingestiegen zu sein.

Ich glaube deshalb, dass es wirklich notwendig ist, diesem Antrag zuzustimmen, mit welchem die ÖBB aufgefordert werden, Wels wieder als wichtigen Bahnhof in den Fahrplan aufzunehmen. Ich persönlich habe mir bereits einen Termin geben lassen, um auch über das Bundesministerium Druck zu machen. Es geht ja nicht an, dass Wels bei den Zugverbindungen geschnitten wird, dass es am Bahnhof keine Radabstellplätze im ausreichenden Maße gibt und auch bei den Investitionen hintansteht. Somit ersuche ich alle Anwesenden, mitzustimmen und alle Kräfte zusammenzufassen, um Wels wieder als guten ÖBB-Standort entwickelt zu bekommen.

GR. Bauer: Dass für die heutige Sitzung von allen Fraktionen gemeinsam dieser Antrag eingebracht wurde, zeigt, dass wir zumindest hinsichtlich des Bahnverkehrs einer

Meinung sind. Natürlich würde ich mir eine solche Einigkeit auch wünschen, wenn es beispielsweise Anträge in Bezug auf den öffentlichen Verkehr in Wels betrifft.

In Oberösterreich bringt ja der neue Fahrplan tendenziell Verbesserungen, nicht aber für Wels. Und das zeigt, dass der Druck auf die ÖBB nicht geringer werden darf, sondern konsequent ausgeübt werden muss. Wer sonst sollte sich für die Anliegen der Welser Bahnkunden einsetzen, wenn nicht wir?

Es kann aber andererseits nicht sein, dass wir bei jeder neuen Fahrplangestaltung Resolutionen, Petitionen oder Protestnoten beschließen und diverse Dinge starten müssen. Das Bahnnetz muss doch konsequent verbessert und nicht verschlechtert werden. Es braucht beispielsweise mehr Verbindungen an frequenzstarken Tagen wie den Freitagen. Der öffentliche Schienennah- und -fernverkehr muss Zug um Zug ausgebaut werden. Und Entgleisungen der ÖBB wie bei der Streichung von Eurocity-Halten in der siebtgrößten Stadt Österreichs werden wir auch in Zukunft nicht ohne Widerstand hinnehmen.

Der Antrag (Anlage 25) zu Punkt 19. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

20.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Aussetzung einer  
Strompreiserhöhung durch die EWW AG  
DI-Verf-297-2009

StR. Dr. Rabl: Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer Unsitte im Land Oberösterreich, die hier um sich gegriffen hat. Bei einem Blick in die Vergangenheit konnte man sehen, dass sowohl die Energie AG als auch die Linz AG den Strompreis massiv zwischen 7 und 8 % erhöhten. Sieht man sich aber die Zahlen und Fakten hiezu an, so verwundert einem dieses Vorgehen doch einigermaßen. Der Strompreis ist nämlich im Jahr 2009 um 32,7 % gesunken und für das Jahr 2010 erwartet man sich auf dem internationalen Markt einen noch tieferen Strompreis. Es soll dieser 5,4 Cent pro Kilowatt betragen und im Jahr 2011 dürfte es noch weiter heruntergehen, nämlich auf 5,26 Cent pro Kilowatt. Diese Auskünfte kann jeder an der Energiebörse in Leipzig abfragen; das ergibt sich aus der Homepage.

Die Arbeiterkammer hat diese Strompreiserhöhungen von der Kalkulation her als nicht nachvollziehbar dargestellt. Der Wirtschaftskammerpräsident Leitl sagte, er werde Be-

schwerde bei der Regulierungsbehörde einbringen, weil ja durch diese Strompreiserhöhung wieder Kaufkraft entzogen werde. Seitens des Wirtschaftsbundes wurde massiv Kritik geübt und der Leiter der E-Control meinte, dass für ihn Strompreiserhöhungen in keinster Weise gerechtfertigt sind, weil sie nicht nachvollziehbar erscheinen. Herr Präsident Trauner von der Oö. Wirtschaftskammer sagte, er müsse diese Preiserhöhung massiv kritisieren und er werde so wie der Wirtschaftsbund bei der Regulierungsbehörde diesbezüglich Beschwerde einbringen. Und es erübrigt sich eigentlich, dass die Freiheitlichen diese Strompreiserhöhung bereits kritisierten, denn diese Kritik ist ja selbstverständlich.

Im Ergebnis schaut es mit dieser Preiserhöhung folgendermaßen aus. Der Bürger wird pro Monat bei einem durchschnittlichen Haushalt um ca. 4 Euro mehr belastet und einen kleinen Unternehmer trifft es durchschnittlich doppelt so hoch. Keiner in der politischen Landschaft, schon gar nicht die ÖVP, versteht diese Erhöhung. Wir verstehen sie auch nicht und es drängt sich der Verdacht auf, dass es über diese Strompreiserhöhung in gewisser Weise zu einer Budgetsanierung kommen soll. Die aus einer solchen Preiserhöhung resultierenden Gewinnerhöhungen werden ja bekanntlich über Dividendenausschüttungen an die Eigentümer abgeführt. Und wie wir alle wissen, ist einer der Eigentümer der Wels Strom GmbH das Welser E-Werk und in Folge die Stadt Wels.

Warum stellen wir hier diesen Antrag? Das E-Werk ist Bestandteil der Holding der Stadt Wels und somit im Eigentum der Stadt Wels. Somit hat der Eigentümervertreter durchaus die Möglichkeit, Druck auf den Vorstand des E-Werkes auszuüben und in der Folge kann der Vorstand des E-Werkes Weisungen an die Geschäftsführung der Wels Strom GmbH geben. Das ist also der Grund dafür, dass wir diesen Antrag in der vorliegenden Form einbrachten.

Ich kann in diesem Zusammenhang die Pressemeldungen über die Haltung der ÖVP nicht nachvollziehen, die von einem Schnellschuss sprach und davon, dass man hier nichts übereilen sollte. Es war ja auf der anderen Seite so, dass verschiedene Leute aus den Reihen der ÖVP – ich habe zuerst Zitate gebracht – gerade vom Gegenteil sprachen bzw. zum Ausdruck kam, dass es doch eine Frechheit sei, was hier passiert. Man sprach sich in jeder Hinsicht massiv gegen eine solche Preiserhöhung aus. Von einem Schnellschuss kann also in Bezug auf diesen Initiativantrag keine Rede sein. Und wenn man sich auch noch ansieht, in welche Richtung der Strompreis international geht, nämlich in den nächsten zwei Jahren nur nach unten, dann ist es umso bedenklicher, wenn man, wie zu hören ist, bei der Wels Strom GmbH überlegt, die Strompreise zu erhöhen.

Natürlich ist in dieser Frage Einigkeit gefordert und beispielsweise ein Verweis an einen Ausschuss hätte womöglich zur Folge, dass es in der Zwischenzeit sehr wohl zu einer Strompreiserhöhung käme, ohne dass diese – zumindest nicht aus meiner Sicht – gerechtfertigt wäre.

GR. Markus Wiesinger: Herr Dr. Rabl! Sie verstehen es, diese Dinge verkürzt darzustellen und gewisse Abläufe bewusst oder unbewusst zu vergessen. Sie haben beispielsweise nicht erwähnt, dass ein Schreiben über diese Strompreiserhöhung erst heute an sehr viele Haushalte ergangen ist, worin bereits mitgeteilt wurde, nämlich seitens des E-Werkes, dass es eine Strompreiserhöhung geben werde. Das war sozusagen Punkt 1.

Dann versuchen sie, Wels als eine Insel der Seligen darzustellen. Sie versuchen jedenfalls, der Welser Bevölkerung vorzumachen, dass Wels auf einer Insel liege. So ist es aber nicht! Sie sagten zwar einerseits, dass es sich beim Welser E-Werk um eine Wirtschaftsgesellschaft handelt, aber andererseits hatte es auch irgendwo den Anschein, wenn man ihren Ausführungen folgte, dass das E-Werk eine Dienststelle des Magistrats sei. Ich persönlich bin froh darüber, dass das nicht so ist. Vielmehr handelt es sich beim E-Werk um ein eigenständiges Unternehmen, welches sich dem organisierten Strommarkt stellen und dementsprechend handeln muss. Sie sagten jetzt aber, der Gemeinderat oder der Bürgermeister als Eigentümerversorger solle Druck auf den Vorstand ausüben. Nun, was passiert, wenn die Politik Druck ausübt, das haben wir meines Erachtens gerade am letzten Wochenende deutlich gesehen, als es in Wien Verhandlungen wegen der Kärntner Hypo Adria gab. Vor der Ausübung eines solchen Drucks kann ich nur warnen.

Ich warne weiters – davor sollten wir die Bevölkerung direkt schützen – vor teuren Weihnachtsgeschenken. Würden wir nämlich jetzt eine Preiserhöhung aussetzen, könnte es durchaus sein, dass vielleicht in ein oder zwei Jahren eine weitaus höhere Strompreiserhöhung beschlossen werden müsste, was für den Endverbraucher eine doppelt schwere Auswirkung hätte.

Ich warne also davor, dem Populismus zu erliegen, gebe ihnen aber insofern Recht, als wir diese Dinge einmal gründlich bedenken sollten. Aus diesem Grund stelle ich hier den Geschäftsordnungsantrag, über diese Thematik im Präsidialausschuss zu diskutieren.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Markus Wiesinger auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 26) an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
bei 11 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

21.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Gestaltung eines familienfreundlichen öffentlichen Raumes  
DI-Verf-300-2009

StR. Dr. Rabl: Die Familienfreundlichkeit im Bereich öffentlicher Bauten bzw. im Bereich der Stadt- und Verkehrsplanung ist heutzutage – das weiß inzwischen jeder – ein wesentlicher Standortfaktor. Es geht hier um die Frage, ob ich in einer bestimmten Stadt leben möchte oder nicht. Und jeder weiß, dass Kinder für unsere Zukunft wichtig sind. Jede Familie möchte für ihre Kinder das Beste erreichen oder das Beste haben. Deshalb glaube ich, dass wir es uns ein bisschen zum Postulat machen sollten, Bauten kinderfreundlich auszuführen. Was meine ich damit im Konkreten? Es geht beispielsweise um die Schaffung eines Wickelraumes bei den öffentlichen Toiletanlagen. Es

geht darum, dass Kinder verschiedener Altersgruppen unterschiedliche Spielplätze zur Verfügung haben. Man sollte schauen, dass mit dem Kinderwagen über diverse Treppen gefahren werden kann. Aber auch im Bereich der Schule ist die Kinderbetreuung wichtig. Und in der Verkehrssicherheit ist ebenfalls immer wieder etwas zu tun, wobei ich weiß – ich habe mit Herrn Stadtrat Kroiß schon darüber gesprochen – dass ihm die Sicherheit der Kinder ein besonderes Anliegen ist.

Wenn ich von der Sicherheit spreche, so ist ein Beispiel dafür die Schaffung weiterer Radwege und natürlich geht es um weitere Verbesserungen im Bereich der Beleuchtung von Zebrastreifen, damit es insbesondere auch in der Dämmerung zu keinen Problemen mit Kindern kommt.

Ich ersuche also darum, diesen Antrag zu beschließen.

StR. Kroiß: Familienfreundlichkeit bedeutet für mich als Verkehrsreferent aber auch als Vater zweier Töchter, dass Kinder und Jugendliche im Straßenverkehr größtmögliche Berücksichtigung finden. Es genügt nicht, dass die jüngsten Verkehrsteilnehmer vom Vertrauensgrundsatz ausgenommen sind. Wir trachten also, dass der öffentliche Raum so gestaltet wird, dass für Kinder und Jugendliche die größtmögliche Sicherheit gewährleistet ist. So sollte beispielsweise schon bei der Planung einer Schule im Sinne der Verkehrssicherheit der Nahbereich mitgeplant werden. Ich spreche hier etwa von einem kindersicheren Übergang, den wir auch gleich entsprechend ausleuchten.

Im Bereich von Kreuzungen, Parks, Freizeiteinrichtungen, sollten wir mehr mit Aufpflasterungen vorgehen. Was hier die Nähe zu einer Schule betrifft, so stellt ein sehr gutes Beispiel die Schulstraße dar.

Ich denke aber auch daran, dass wir mehr Gehsteigvorziehungen machen sollten, ebenso mehr Gehsteigabschwünge, damit Eltern mit Kinderwägen oder Senioren ein leichteres Drübergehen haben.

Ich denke weiters daran – das passt für mich zur Familienfreundlichkeit dazu – dass man Familienparkplätze einrichten könnte. Das sind etwas breitere Parkstreifen, damit Eltern mit Kinderwägen leichter zwischen den Autos durchfahren oder Kleinkinder leichter ins Auto gesetzt bzw. herausgenommen werden können.

Dann könnten bei größeren Bushaltestellen die Fahrpläne in kindgerechter Höhe angebracht werden. Für Senioren wäre andererseits eine größere Schrift bei den Fahrplänen wünschenswert.

Wenn wir Kindern und Jugendlichen zeigen, dass wir im Verkehr auf sie Rücksicht nehmen, dann haben wir eigentlich für die Zukunft schon einen Teil der Verkehrserziehung vorweggenommen. Wenn nämlich diese Kinder und Jugendlichen in weiterer Folge erwachsen werden, ist stark anzunehmen, dass diese dann ebenfalls auf die nächste Generation Rücksicht nehmen werden. Das ist ganz wichtig. Deshalb der einfache Appell, Kinder und Jugendliche im Straßenverkehr noch mehr als bisher zu berücksichtigen.

Für meinen Bereich kann ich nur sagen, dass viele Maßnahmen bereits umgesetzt wurden, laufend umgesetzt werden und auch in die Planung eingebracht werden.

Jedenfalls ist es Sinn dieses Antrages, Wels als familienfreundliche Stadt zu positionieren. Ich ersuche sie demnach ebenfalls, diesem Antrag zuzustimmen.

GR. Zaunmüller: Mir gefällt – das lese ich aus diesem Antrag heraus – die Erstellung eines Leitbildes der Stadt Wels für eine jugend- und familienfreundliche Entwicklung der Stadt wirklich sehr gut.

Ich konnte zu Beginn – als ich diesen Antrag erstmals gelesen habe – mit dem Terminus „familienfreundliche Hausgestaltung“ noch nichts anfangen. Herr Dr. Rabl sprach zuerst von Wickelzimmern in öffentlichen Gebäuden und wie wir wissen, gibt es so etwas schon im Rathaus. Das stellt eine tolle Sache dar, allerdings erschiene es angebracht, auch in anderen öffentlichen Gebäuden solche Wickelzimmer einzurichten. Es ist das offenbar wirklich ein Anliegen junger Mütter, die oft nicht wissen, wenn es sein muss, wohin sie sich mit ihren Kindern wenden sollten.

Als nächstem Punkt komme ich auf unser ureigenstes Bedürfnis zu sprechen, also darauf, dass wir ab und zu WC-Anlagen aufsuchen müssen. Das ist etwas, das wir in diese Thematik hineinnehmen sollten. Wir haben in Wels, so viel ich weiß, zumindest zwei öffentliche WC-Anlagen, die halt nicht immer den Vorschriften entsprechen, was Hygiene und Sauberkeit betrifft. Ich weiß schon, dass es sich hierbei um eine schwierige Sache handelt. Kaum geht nämlich die Reinigungsfrau heraus, schaut es in der nächsten halben Stunde schon wieder aus, als wäre nie gereinigt worden. Jedenfalls könnte ich mir vorstellen, dass man diese Problematik im Rahmen eines solchen Konzeptes oder dergleichen aufnimmt.

WC-Anlagen, egal ob fix installiert oder in Form von mobilen Anlagen, fehlen mir allerdings entlang der Traun. Jetzt haben wir bald Weihnachten und der Winter lässt bestimmt auch nicht mehr lange auf sich warten, aber ich darf ihnen versichern, der nächste Frühling kommt bestimmt und dann werden diese fehlenden WC-Anlagen entlang der Traun wieder ein größeres Problem darstellen, soweit man das von Läufern, Spaziergehern oder älteren Herrschaften hört. Wohin soll man gehen, wenn es wirklich sein muss? Also, auch das würde für mich sehr gut in diese Thematik hineinpassen.

Lassen sie mich noch ein paar Sätze zur Traun sagen, denn der Bereich der Traun ist mir ein besonderes Anliegen. Die Stadt Wels verfügt ja mit der Traun über ein Naturjuwel. In der Vergangenheit hatte ich den Eindruck, dass dieses Naturjuwel von der Stadt viel zu wenig genutzt wurde und dass wir uns seitens der Stadt diesem Naturjuwel mit viel zu wenig Aufmerksamkeit widmeten. Es gibt zwar mit der Abtreppung in letzter Zeit eine Verbesserung, wobei es übrigens eine Forderung der ÖVP darstellte, einen Badeplatz einzurichten. Die Thalheimer haben uns das vorgemacht. Auf der Thalheimer Seite des Steges über die Traun, des Trodat-Steges, gibt es einen heftig frequentierten Badeplatz und so etwas auch auf Welser Seite einzuführen, das stellt eine ganz tolle Sache dar. Ich hoffe, die Vorbereitungen sind so weit gediehen, dass wir 2010 diesen Badeplatz eröffnen können.

Ich möchte aber auch sehr deutlich betonen, was ich mir nicht wünsche. Es soll entlang der Traun nicht etwa eine Event-Meile entstehen, verbunden mit Rambazamba, mit wüsten Veranstaltungen, die mit Lärm etc. verbunden sind. Nein, ich wünsche mir, dass an der Traun eine qualitätsvolle Traunbelebung passiert. Ich könnte mir beispielsweise die Aufstellung eines Kulturpavillons vorstellen, wo in interessanter Atmosphäre auch Lesungen an der Traun durchgeführt werden können.

Und zum Schluss meiner Ausführungen darf ich noch an die Landesgartenschau denken, die wahrscheinlich 2015 durch die Stadt Wels gemeinsam mit der Gemeinde Schleißheim ausgerichtet wird. Als Verbindung sollen wir sozusagen eine Brücke schlagen, nämlich vom Gelände der WAV herauf in die Stadtmitte. Da bietet sich ja die Traun bzw. das Traunufer ideal an. Leisten wir diese Vorarbeit und investieren wir in ein qualitativvolles Naherholungsgebiet Traun.

Bgm. Dr. Koits: Ich nehme wohl an, Herr Gemeinderat, sie haben jetzt all ihre Ausführungen in Zusammenhang mit den Kindern und Jugendlichen gesehen!?

GR. Zaunmüller: Mit den Familien!

Bgm. Dr. Koits: Also gut, mit den Familien!

Ansonsten gibt es keine Wortmeldungen und der Referent hat das Schlusswort.

StR. Dr. Rabl: Ich möchte mich sehr herzlich bei den zwei Rednern bedanken, die ja schon zeigten, wie breit das Thema ist und wie viele Möglichkeiten man in diesem Bereich hat.

Eine spezielle Anmerkung hätte ich noch. Dass Wickelräume extrem wichtig sind, weiß ich als Vater aus eigener Erfahrung.

Ansonsten ersuche ich um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 27) zu Punkt 21. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke für die Berichterstattung und darf noch anfügen, dass ich mir erlauben werde, das Stuttgarter Modell für eine kinder- und familienfreundliche Ausgestaltung der Stadt an den zuständigen Referenten zu übermitteln. Kinder- und Jugendfreundlichkeit beschränkt sich ja nicht nur auf den Freizeitbereich, sondern geht weit darüber hinaus. Wir können sicher anhand dieses Modells leichter feststellen, wo unsere tatsächlichen Probleme liegen. Insgesamt ist aber dieser Antrag sehr sinnvoll.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

22.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 105)  
BZ-BauR-3522-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 08.09.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 28 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (105. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) beschließen.

Einstimmig angenommen.

23.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 112) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 82)  
BZ-BauR-3504-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 08.09.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 29 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (112. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (82. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

24.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 318/C.1 (Stadtteil: Vogelweide)  
BZ-BauR-3722-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 08.09.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 30 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 318/C.1 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

GR. Mag. Teubl: Der vorliegende Bebauungsplan bezieht sich auf einen Teil des Areals zwischen der Freizeitanlage Wimpassing im Westen, der Römerstraße im Süden und der Wimpassinger Straße im Norden und Osten. Wie sie dem Amtsbericht entnehmen können, gibt es zu diesem Bebauungsplan eine ganze Reihe von Einwänden von Anrainern bzw. Nachbarn. Es gibt auch eine Unterschriftenliste, wo 18 Nachbarn aufscheinen.

Der hier vorliegende Bebauungsplan orientiert sich an einer Planung der Firma Projektbau und gegen diese Planung ist grundsätzlich nichts einzuwenden, denn es handelt sich hier um einen sinnvollen, verdichteten Wohnbau, der sich größtenteils an der benachbarten Bebauung orientiert, das heißt, er soll zweigeschoßig ausgeführt werden. Nicht so ist es aber mit den zwei Bauten, die direkt an der Wimpassinger Straße zu liegen kämen. Diese sind dreigeschoßig mit einer Dachterrasse geplant und wir erachten diese als dem Umfeld gegenüber nicht harmonisch angepasst. Außerdem

hätte das für die gegenüberliegenden Nachbarn einen Nachteil, denn es würde die Sonneneinstrahlung erheblich verringert, was beispielsweise für ein dort situiertes Niedrigenergiehaus von erheblichem Nachteil wäre.

Weiters ist die Tiefgarageneinfahrt direkt an der Wimpassinger Straße gelegen, die in diesem Abschnitt, wie sie auf dem Plan sehr gut erkennen können, sehr kurvenreich verläuft, sodass die Sache mit der Ein- und Ausfahrt in Hinblick auf die Verkehrssicherheit nicht als optimal gelöst erscheint. Die Tiefgarageneinfahrt könnte genauso gut von der Aufschließungsstraße aus erfolgen.

Die GRÜNEN fordern daher eine Überarbeitung des vorliegenden Bebauungsplanes und werden diesem in der gegebenen Form nicht zustimmen. Wir beantragen daher eine Rückverweisung an den Ausschuss.

StR. Lehner: Darf ich dazu kurz aufklären? Einerseits wird ja im Bebauungsplan vorgesehen, dass es sich um Flachdächer handeln muss, um eben bei den dreigeschoßigen Häusern einer eventuell bei den Nachbarn in geringerem Umfang gegebenen Sonneneinstrahlung entgegenzuwirken. Abgesehen davon sind diese beiden dreigeschoßigen Gebäude tiefer gelegen, was sich durch den sogenannten Referenzpunkt ergibt. Es ergibt sich hier also aufgrund der Topografie, dass diese dreigeschoßigen Gebäude gegenüber den zweigeschoßigen Gebäuden nicht wesentlich höher erscheinen werden.

Zur Ein- und Ausfahrt bei der Parkgarage ist noch anzumerken, dass Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen sind. Dabei geht es ganz konkret um Bepflanzungen auf der nördlichen Seite.

Es wurden auch Verkehrsmessungen durchgeführt, nämlich einerseits hinsichtlich der gefahrenen Geschwindigkeiten, andererseits die Frequenz betreffend. Und es wurde festgestellt, dass es weder für die ein- und ausfahrenden Fahrzeuge noch für die auf der Wimpassinger Straße Fahrenden besondere Gefahren geben würde.

Bgm. Dr. Koits: Abgesehen davon, dass ohnehin keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist jetzt zuerst einmal über den Geschäftsordnungsantrag abzustimmen. Falls dieser nicht angenommen wird, ist auch über den Hauptantrag abzustimmen.

Die Abstimmungen zu Punkt 24. der Tagesordnung bringen folgende Ergebnisse:

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag Teubl auf Rücküberweisung gst. Antrages an den zuständigen Ausschuss zur nochmaligen Beratung wird bei

3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)  
gegen 31 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 30) wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer ist bei der Abstimmung zu Punkt 24. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

25.)

Jagdausschüsse;  
Entsendung der Gemeindevertreter  
BZ-Pol-90004-2009

StR. Lehner verweist auf den allen Mitgliedern des Gemeinderates vorliegenden Amtsbericht und stellt fest, dass über die von den Fraktionen eingebrachten Wahlvorschläge in einem abzustimmen ist.

Es wurden nachstehende Wahlvorschläge eingebracht:

Von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ):

1. Jagdausschuss Lichtenegg:

Mitglied: GR. Brigitte Lindlbauer  
Ersatzmitglied: GR. Claudia Hüttmay-Punkenhofer

2. Jagdausschuss Pernau:

Mitglied: GR. Hannelore Aigner  
Ersatzmitglied: GR. Johann Reindl-Schwaighofer

3. Jagdausschuss Puchberg:

Mitglied: GR. Ernst Kirchmayr  
Ersatzmitglied: GR. Barbara Wildfellner

Von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ):

1. Jagdausschuss Lichtenegg:

Mitglied: GR. Margarete Josseck-Herdtschek  
Ersatzmitglied: GR. KommR. Willibald Baumgartner

2. Jagdausschuss Pernau:

Mitglied: GR. Mag. Georg Parzmayr  
Ersatzmitglied: GR. Manfred Wiesinger

3. Jagdausschuss Puchberg:

Mitglied: GR. Egon Schatzmann  
Ersatzmitglied: GR. Dietmar Marehard

Von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP):

1. Jagdausschuss Lichtenegg:

Mitglied: StR. Peter Lehner  
Ersatzmitglied: GR. Markus Wiesinger

2. Jagdausschuss Pernau:

Mitglied: GR. Brigitte Wartinger  
Ersatzmitglied: GR. Walter Zaunmüller

3. Jagdausschuss Puchberg:

Mitglied: GR. Herbert Pernkopf  
Ersatzmitglied: GR. Stefan Haböck

Die Vorschläge werden in gemeinsam durchgeführter Wahl (Erheben der Hand)

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Christa Raggl-Mühlberger

26.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Novelle der  
Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels 2001 (Einführung einer gebührenfreien  
Mittagszeit, Aufhebung der Gebührenpflicht in der Volksgartenstraße)  
DI-Verf-299-2009

GR. Raggl-Mühlberger: Mit der neu eingeführten Parkgebührenverordnung wurde dem Wunsch der Kaufleute hinsichtlich einer Gratisstunde entsprochen, gleichzeitig wurde aber praktisch überfallsartig das freie Parken in der Mittagszeit, von 12.00 bis 13.30 Uhr, gestrichen. Das führte zwangsläufig zu weniger Frequenz in der Mittagszeit und somit auch zu Umsatzrückgängen in der Gastronomie. Geht man mit offenen Augen durch Wels, wird ersichtlich, dass die Frequenz momentan stark leidet. Es muss uns also jedes Mittel recht sein, um die Stadt wieder mit Kunden beleben zu können. Wir können es uns in der momentan schwierigen Zeit nicht leisten, auf diese Frequenz zu verzichten.

Aber, was wundern und beklagen wir uns über mangelndes Bewusstsein für die Innenstadt, wenn selbst der amtierende Wirtschaftsstadtrat in einem Tips-Interview „Wels, die Einkaufsstadt“ als nicht nur todkrank, sondern als mausetot bezeichnet? Mit solchen Aussagen habe ich als Kauffrau ein Riesenproblem und ich spreche hier für alle Handelstreibenden.

Die Vision in Bezug auf die Energie stellt nichts Neues dar, aber das Thema Energie hilft weder dem Handel noch den 9.400 Angestellten im Handel.

Die Kaufmannschaft hat ihren Unmut über dieses Interview mit einem Brief kundgetan, doch anscheinend ist dieses Thema nicht wichtig genug, uns eine Antwort zu geben. Wenn der Wirtschaftsstadtrat nicht weiß, wofür Wels steht, ist das schon sehr traurig. Ich als Kauffrau weiß das. Wir erwarten uns ein ordentliches Innenstadtkonzept auf der Basis von „Wels, die Einkaufsstadt“ und eine rasche Umsetzung von Maßnahmen. Eine kleine Maßnahme zur Frequenzsteigerung wäre in der Wiedereinführung des freien Parkens während der Mittagszeit zu sehen. Und damit kein Missverständnis aufkommt, meine Damen und Herren von der ÖVP: Generelles Gratisparken, wie von ihnen gefordert, hilft weder dem Handel noch den Bewohnern. Wir brauchen nämlich über den Tag gesehen eine mehrmalige Parkplatzrotation zwischen 8 und 12 Uhr sowie zwischen 13.30 und 18.00 Uhr, und das geht nur mit einem Gebührenparken.

Bei einer Sitzung mit der Welser Kaufmannschaft am 04.11.2009 hat sich auch der amtierende Wirtschaftsstadtrat für eine Wiedereinführung des Gratisparkens zur Mittagszeit ausgesprochen. Daher bin ich davon ausgegangen, dass wir eine Mehrheit zu diesem Antrag bekommen, ich musste aber heute in der Zeitung lesen, dass die ÖVP diesem Antrag nicht zustimmen wird. Also frage ich mich, wem ich eigentlich glauben soll, entweder der Zeitung oder dem Wirtschaftsstadtrat.

Der zweite Punkt unseres Antrages betrifft die Aufhebung der Gebührenparkzone in der Volksgartenstraße. Der Aufwand für das Gebührenparken steht in keinem Verhältnis zur Frequenz dieser Parkplätze. Machen wir doch daraus in dieser Randzone wieder eine Kurzparkzone nach der Straßenverkehrsordnung.

Ich ersuche um Beschlussfassung unseres Antrages.

Vzbgm. Eisenrauch: Es ist noch kein halbes Jahr her, dass die Aktion „zwei Stunden parken, eine Stunde zahlen“ eingeführt wurde und in diesem Zusammenhang wurde die Evaluierung nach einem Jahr festgelegt.

Die ÖVP hat einmal angeregt, einen Vergleich zwischen den Einkaufstempeln rund um Wels und dem Innenstadtbereich herzustellen. Wir meinten, dass bei einem solchen Vergleich wahrscheinlich das Gratisparken in der Innenstadt das Sinnvollste wäre, damit die Käufer nicht immer nur zu den Einkaufstempeln gelockt werden bzw. um diese auch im Bereich der Innenstadt zu halten. Diese Idee wurde aber von der Welser Kaufmannschaft nicht goutiert, weil man glaubt, bei einem freien Parken die eigenen Mitarbeiter bzw. deren Autos von den Plätzen vor den eigenen Geschäften nicht wegbringen zu können. Von Erziehungsmaßnahmen halten sie nicht sehr viel.

Ich weiß schon, dass die eineinhalbstündige Mittagszeitaufhebung vor allem den Gastwirten sehr weh getan hat, aber andererseits gibt es derart viele Vorstellungen bezüglich Parkraumbewirtschaftung – diese stehen jetzt einmal im Raum – dass es meines

Erachtens wichtig erscheint, einmal über die gesamte Parkraumbewirtschaftung in Wels eine größere Diskussion zu führen. Das ist der Vorschlag von uns als ÖVP.

GR. Hochhauser zur Geschäftsordnung: Die Frau Vizebürgermeisterin hat schon darauf hingewiesen, dass es mehrere Punkte gibt, die abzuklären sind und über den Unmut, der offenbar zwischen Frau Raggl-Mühlberger und dem Wirtschaftsstadtrat besteht, gehörte natürlich ebenso ausführlich diskutiert.

Ich stelle daher den Antrag, diesen vorliegenden Initiativantrag dem Finanzausschuss zur ausführlichen Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Hochhauser auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 31) an den Finanzausschuss zur weiteren Beratung wird mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 11 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution an den Bundesminister für Finanzen zu den Modellversuchen „Neue Mittelschule“:

Bgm. Dr. Koits verweist darauf, dass dem Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) schon zu Beginn der Sitzung mit Stimmenmehrheit die Dringlichkeit zuerkannt wurde und es nunmehr um die Behandlung des Sachantrages geht.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich denke, wir alle kennen die Diskussion, die praktisch österreichweit zum Bereich der „Neuen Mittelschule“ geführt wird. Und es stellt meines Erachtens eine wichtige Initiative des Welser Gemeinderates dar, wenn wir zum Ausdruck bringen, dass wir die Implementierung dieses Schulmodells in Oberösterreich und damit auch in Wels massiv unterstützen. Sie wissen ja, dass sich die Bezirksschulinspektorin gemeinsam mit dem Bürgermeister sehr stark engagierte, möglichst viele Schulen zu bewegen, in dieses Schulmodell einzusteigen. Wir sind uns bestimmt alle darin einig, dass wir eine gut organisierte und pädagogisch hervorragend betriebene Schule brauchen, um diverse Probleme, die auch in Zusammenhang mit einem derart hohen Immigrantenteil bestehen, wie wir ihn in Wels haben, lösen zu können. Aus diesem Grund rufe ich sie alle dazu auf, mit uns gemeinsam diesen Dringlichkeitsantrag zu beschließen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) wird mit

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
bei 11 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

### Schlussworte des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Koits: Das ist heute die letzte Sitzung im Jahr 2009 und gleichzeitig war das die erste Sitzung des neuen Gemeinderates nach seiner Konstituierung am 10. November.

Das Jahr 2009 war sicher ein interessantes, abwechslungsreiches und in manchen Phasen auch turbulentes Jahr. Dennoch darf ich mich herzlich für die Zusammenarbeit in diesem Jahr bedanken, insbesondere bei jenen, die auch schon zu Beginn dieses Jahres hier im Gemeinderat tätig waren. Wer dieses Jahr Revue passieren lässt, wird feststellen, dass auch 2009 sehr viel weitergegangen ist. Wir haben sehr viele Beschlüsse gefasst und ich kann mich hier eigentlich nur den Ausführungen des Herrn Dr. Rabl zum Nachtragsvoranschlag anschließen, und zwar in der Weise, dass in allen gesellschaftspolitischen Bereichen sehr viel getan wurde. Egal ob im Kulturbereich, im Baubereich, im Verkehrsbereich, es ist in dieser Stadt viel geschehen, wovon eben auch der finanzielle Mitteleinsatz zeugt.

Dessen ungeachtet wissen wir natürlich, dass noch sehr viel zu tun übrig ist. Das nächste und die nächstfolgenden Jahre werden aber sicher dazu geeignet sein, um all die Aufgaben, die noch auf uns harren, zu erfüllen und diverse Projekte etc. umzusetzen.

Ich sage herzlichen Dank und wünsche ihnen sowie ihren Familien noch eine schöne Adventzeit, gesegnete Weihnachten und vor allem ein gutes Jahr 2010. Und ich ersuche sie, anlässlich des heute zu Beginn unserer Sitzung ausgegebenen Friedenslichtes, wofür ich mich bedanke, zusammenzuarbeiten im Interesse der Bevölkerung und im Interesse dieser Stadt.

Herzlichen Dank und noch einen schönen Abend. Damit ist diese Sitzung geschlossen.  
(Applaus!)

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: